

elam



7
SCHÜSSE
INS
KNIE
(SEITE 7)

die elan-anfrage

„Stimmt es, Herr Bundeskanzler, daß Sie am 1. Oktober dieses Jahres zurücktreten werden?“



KONRAD ADENAUER, BONN



HERBERT WEHNER, BONN

„Stimmt es, daß man heute schon aus der SPD ausgeschlossen wird, wenn man nicht für die Politik der CDU eintritt?“

Das Leserforum der Unabhängigen Sozialistischen Jugendbewegung (USJ) Oberhausen gestalteten ihr Schaufenster im Zeichen der jüngsten politischen Ereignisse. Die Oberhausener Ex-Falken beeindruckten mit diesem Schaufenster. Heute Spiegel — morgen . . . ?

NS-Gesetze unter Lupe

Brauchen wir eigentlich die Notstandsgesetze, oder nicht? Die Schüler des Staatlichen Gymnasiums in Wuppertal wollten es genau wissen. In ihrer Aula veranstalteten sie ein Forum.

Um alle Standpunkte zu hören, hatten sie eingeladen: Dr. Petermann, Stadtverordneter der CDU in Düsseldorf, Herrn Röpke, Vorsitzender der Jungsozialisten (SPD) in Wuppertal und den Chefredakteur des „elan“ B. Jendrejewski. Etwa 80 Schüler und ihre Leh-

rauen und innen bedroht. Da gegen müsse sie sich schützen. Alle Bedenken gegen ein Notstandsrecht seien grundlos. Niemand denke daran, die Grundrechte zu verletzen.

Auch die SPD halte eine Notstandsregelung für notwendig, erklärte Herr Röpke. Der vorliegende Entwurf des Innenministers sei allerdings noch nicht präzise genug. Deshalb müsse man weiter verhandeln. Als Gegner der Notstandsgesetze verwies B. Jendrejewski auf die Vergangenheit. Hitler sei durch das Notstandsrecht der Weimarer Verfassung legal an die Macht gebracht worden. Was ohne Notstandsgesetze schon möglich sei, hat die Spiegelaffäre gezeigt. Da sich außen- und innenpolitisch die Situation der Regierung ständig verschlechterte, brauche sie die Gesetze, um den Widerstand gegen ihre Politik unterdrücken zu können.

In der anschließenden Diskussion überwogen die kritischen und ablehnenden Stimmen. Für sie mag Herr Studienrat Dr. Hahne stehen. Er warnte davor, nur auf Pankow zu sehen. Bei uns gäbe es genug andere schwarze Männer, von denen viel eher eine Gefahr für den Staat ausgehe. Die nazistische Gesinnung sei noch nicht ausgestorben.

Die Wuppertaler Schüler gaben mit diesem Forum ein gutes Beispiel.

Randnotizen

COWBOY FÜR RANCH im Staate New York gesucht. Muß singen, tanzen und Gitarre spielen können. Gelegenheit zum Reitenlernen wird geboten. (Anzeigen aus einer New Yorker Zeitung)

EINE DREIWOCHIGE STUDIENFAHRT nach Kuba plant die Internationale der Kriegsdienstgegner. Voraussichtlicher Abreisetag: 15. 7. 1963. Anmeldungen an: A. Stoff, Essen-Werden, Effmannstraße 4.

IM US-STAAAT ARIZONA gibt es 2104 verheiratete Männer mehr als Frauen. So stehts im amtlichen statistischen Jahrbuch.

FÜR FDJ-KONTAKTE sprach sich jetzt das Parlament der Hamburger Studentenschaften aus.

DER POLITISCHE CLUB des CVJM Hamburg wird auch 1963 seine 14tägigen Diskussionsabende durchführen. Die Veranstalter waren mit der Beteiligung im Jahre 1962 sehr zufrieden.

WOCHEN DER JUGEND führte der Stadtjugendring Frankfurt mit dem Jugendamt durch. Tanzabende, Jazzauscheidungen und eine Kabarettveranstaltung standen mit dem Programm.

DER BUNDESJUGENDRING hat sich hinter die Aktion gegen Kriegsspielzeug gestellt. Der Bundesjugendausschuß der Naturfreunde begrüßt diese Aktion anlässlich der Nürnberger Spielwarenmesse ebenfalls.

DIE PROTESTE hatten Erfolg: Dr. Fraundorfer, CSU-Vize-Schatzmeister sowie Ex-Adjutant Himmels und ehemaliger Reichsschulungsleiter der NSDAP, wird nicht in den Bundestag einziehen.

forum forum forum forum forum forum

„Wenn man im Ausland lebt und über die Ereignisse nur durch die Presse und manchmal durch Briefe von Freunden etwas erfährt, freut man sich jeden Monat auf seine abonnierte Zeitschrift.“

elan nimmt zu Problemen Stellung, die für andere Zeitungen tabu sind, und zwar in einer solch freimütigen und frischen Art, daß es eine wahre Freude ist. Besonders dankbar bin ich für die Berichte aus der Gewerkschafts- und Jugendbewegung, sowie über die wertvollen Anregungen aus dem Büchermarkt und dem Filmangebot. Auch hier in der Schweiz interessieren sich junge Leute für den elan. Bei der Brügger Tagung, einer Jugendkonferenz mit Arbeitsgruppen, zeigten sich viele Freunde besonders an den Festivalberichten von elan interessiert.

Mit den besten Erfolgswünschen für 1963 grüßt freundlich

Helmut Stetter, Bern, Wythenbachstraße 14

„So sehr ich den elan auch schätze, so betrüblich und ärgerlich ist es, daß er sich bei dem ganzen Gewicht der ja vorhandenen Realitäten, die er immer bringt, solche Schnitzereien erlaubt wie die Kritik über den Film ‚Mondo cane‘, bei der es scheint, als habe der Kritiker den Film gar nicht gesehen...“

Eckhard Schäfer, Sprendlingen, Schulstr. 17

„Ich wollte noch ein Bier trinken. Als ich mein Bier bekommen hatte, wurden meine Augen groß. Meine Augen hatten ein Plakat erspäht: Italiener nicht erwünscht! Gab es denn so etwas auch? Gab es denn so etwas schon wieder? So eine Parole hatte ich doch schon einmal mit ähnlichem Text gehört und gelesen. Sie hieß doch: Juden raus!!! Ich sprach den Wirt darauf an. Seine Antwort: Ich habe meine Erfahrung. Ich frage: Ist es in Deutschland schon wieder so weit, das Menschen ihrer

Rasse oder Nationalität wegen aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden? Denn ich glaube nicht, daß der Wirt wegen der Sprachschwierigkeiten die Italiener nicht in seiner Gaststätte haben möchte. Vielleicht sollten sich die Gäste dieses Lokals einmal überlegen, daß es auch Gaststätten gibt, wo das Bier billiger und diese häßlichen und menschenunwürdigen Parolen keinen Platz haben.“

Rudolf Kempkes, Oberhausen, Stöckmannstraße 37

Leserbriefe mit 18 heiraten?

Man sollte nicht mit 18 heiraten, da man meist noch geistig zu unreif ist, um frühzeitige Scheidungen zu vermeiden. Wenn ein Kind erwartet wird dann ja.

Hans Werner Howanietz, Hamburg, 18 Jahre

Wenn die nötigen Voraussetzungen vorhanden sind, dann ja.

Viola H..., Hamburg, 18 Jahre

Männer sollten nicht vor 23 Jahren und Frauen nicht vor 20 heiraten. Aus materiellen Gründen, da man wenn man ledig ist noch mehr Geld für Reisen und andere Dinge hat. Zudem fehlt meist die Reife.

Peter Drauschke, Hamburg, 18 Jahre

Bevor man einen Beruf hat und nicht genügend Geld, sollte man nicht heiraten. Eine gemeinsame Wohnung ist auch notwendig. So lange es geht sollte die Frau mitarbeiten, damit man sich einiges anschaffen kann.

Erwin Brüggens, Hamburg, 19 Jahre

forum forum forum forum forum forum

Zensor Foertsch

Heftige Kritik an Bundeswehr-Generalinspekteur General Foertsch wegen seines Versuches, das Deutsche Fernsehen zu zensieren. Grund war das Fernseh-Spiel „Stalingrad“ von Claus Hubalek, welches dem General Foertsch so schwer im Magen lag, daß er sich mit primitiven antikommunistischen Verleumdungen dagegen wandte. Der Norddeutsche Rundfunk kontierte: Foertsch billige oder betrachte das Verhalten der Wehrmacht in der Stalingrad-Katastrophe als beispielhaft. Der Versuch des „alten Kameraden“ (der sich seine Lorbeeren unter Hitler verdient und in der Sowjetunion als „Kriegsverbrecher“ verurteilt war), sich auch zum Generalinspekteur des Fernsehens zu machen, schlug fehl.

Er mußte unter dem Druck der öffentlichen Meinung einen Rückzieher machen und sich von seinen eigenen Äußerungen distanzieren. (Siehe auch Seite 5)

In Hitlers Geist

„Genauso wie er im Kriege seine U-Boot-Soldaten begeisterte und zu höchsten Leistungen anspornte, zog er auch diese Jugend schnell in seinen Bann“, schwelgt ein Lokalblättchen über den Vortrag des Hitler-Nachfolgers Dönitz. Dönitz hatte vor 300 Gymnasiasten zu militärischen und politischen Fragen des letzten Krieges Stellung genommen. Wie der Vortrag aussah, kann man sich bei diesem „Alten Kämpfer“ unschwer selbst denken. Es gab einen handfesten Krach. Man stellte fest, daß der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Kock Dönitz als Referent vorgeschlagen hatte. Das Kieler Kultusministerium sah sich auf die Proteste der Bevölkerung hin veranlaßt, einen namhaften Historiker damit zu beauftragen, über die Rolle des ehemaligen Großadmirals Dönitz im letzten Kriege zu sprechen. Wann wird endlich mit diesen Mißständen aufgeräumt? Wir schaukeln von Skandal zu Skandal.



„In unserer Jugendgruppe ‚Die Junge Aktion gegen Atomtod‘, Ausschuß Schnellsen, bestehen Unklarheiten über die Bedeutung und Herkunft des Ostermarsch-Abzeichens. Folgende Meinungen wurden vertreten:

1. Japanischer Buchstabe A
2. aus dem Flaggenalphabet
3. Lebensruhe

Wir machten die Erfahrung, daß bei vielen Atomwaffengegnern, mit denen wir bisher sprachen, diese Unklarheiten bestehen. Wir bitten Sie höflichst, in der nächsten Ausgabe des elan diese Streitfrage zu klären.“

Das Zeichen stammt aus dem Internationalen Flaggenalphabet und bedeutet ND (Nuclear Disarmement = Nukleare Abrüstung). Die deutschen Atomwaffengegner übernehmen das Zeichen von den englischen Marschierern.

Weniger Urlaub

Schärfsten Protest legte der DGB gegen das vom Bundestag verabschiedete Bundesurlaubsgesetz ein. Nach diesem Gesetz vermindert sich der Urlaub bei Jugendlichen mit Vollendung des 18. Lebensjahres von 24 auf 15 Tage.

Ärzte und Professoren haben schon seit langem festgestellt, daß die jungen Menschen unbedingt einen ausreichenden Urlaub haben müssen. Sonst zieht das ernste gesundheitliche Folgen nach sich. Das wird von Bonn einfach ignoriert. Selbst die sozialfortschrittliche Urlaubsregelung einiger Länder wird nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gestrichen.

Der DGB richtete seinen Appell an den Bundesrat, der diesem Gesetz nicht zustimmen soll. Man muß den jungen Menschen ausreichenden Urlaub gewähren.

Jugendliche schrieben an NRW-Justizminister

Wir wollen für Schabrod sitzen!

Sehr geehrter Herr Minister, voller Bestürzung erhielten wir die Nachricht, daß der frühere Landtagsabgeordnete der KPD von Nordrhein-Westfalen, Herr Karl Schabrod aus Düsseldorf, im Gefängnis schwer erkrankt ist. Er wurde vom Düsseldorfer Landgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er bei den letzten Bundestagswahlen als unabhängiger Kandidat von seinem aktiven Wahlrecht Gebrauch machte.

Dieses Urteil wurde gegen einen Mann gefällt, der von den Nazis verfolgt wurde und 12 Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbringen mußte. Er erwarb sich nach dem Kriege als Abgeordneter des Landtages von Nordrhein-Westfalen Achtung und Sympathie bei vielen Menschen. Um so unverständlicher ist das gegen ihn gefällte Urteil, vor allem die Tatsache, daß er noch im Gerichtssaal verhaftet wurde und seitdem in Haft ist.

Es ist beschämend, daß ein Mann wie Herr Schabrod schon seit Monaten in Haft gehalten wird, während viele seiner ehemaligen Verfolger heute in Amt und Würden sind, während z. B. ein Mann wie Hitlers Nachfolger Dönitz ungehindert vor Gymnasiasten in Geesthacht sprechen konnte.

Sehr geehrter Herr Minister, wir richten an Sie die dringende Bitte, den schwerkranken Antifaschisten Karl Schabrod umgehend freizulassen. Wir erklären uns bereit, an seiner Stelle den Rest seiner Strafe zu verbüßen.

Wir wissen uns in dieser Bitte einig mit zahlreichen Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland, die sich für die Freilassung von Herrn Schabrod eingesetzt haben.

Wir richten die Bitte an Sie, weil die Gesundheit von Karl Schabrod durch die langjährige Haft in Zuchthäusern der Gestapo schwer angegriffen ist, und sein derzeitiger schlechter Gesundheitszustand das Schlimmste befürchten läßt.

Wir bitten Sie um eine baldige Antwort.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Inge Kutz, Ingrid Conrads, Heinz Conrads



Hans Helmut Kirst, Autor des Buches „0-8-15“
 Weltkirchenpräsident
 Höning (Rheinhausen)
 Naturfreundejugend.
 Mehr als 500 namhafte
 Persönlichkeiten des
 politischen und öffentlichen Lebens
 schlossen sich bis heute dem Aufruf zum Ostermarsch 1963 mit
 Unterschrift an. Darunter mehr als 70 Pfarrer
 Prof. D. Helmut Gollwitzer. Zahlreiche Betriebsratsvor
 sitzende und Jugendsprecher. In allen
 Teilen der Bundesrepublik laufen
 die Vorbereitungen für den diesjährigen Ostermarsch
 der Atomwaffengeegner auf Hoch
 touren: Kundgebungen, Fackelzüge, Diskussionforen,
 Filmabende mit dem Ostermarschfilm, Flugblätter vor den Betrieben, in denen namhafte Persön
 lichkeiten am Ort zur Teilnahme auffordern
 Und dies sind die Forderungen der Atom
 waffengeegner: Keine Atom
 waffen auf deutschem
 Boden! Keine deutsch
 französische
 Atomwaffenproduktion!
 Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in



Der bekannte Afrika-Forscher Hans Schomburgk
 Karikaturist Halbritter. Gewerkschaftssekretär
 SDS und
 kulturel
 unter ihnen der Berliner Theologe
 sitzende und Jugendsprecher. In allen
 die Vorbereitungen für den diesjährigen Ostermarsch
 Diskussionforen,
 in denen namhafte Persön
 lichkeiten am Ort zur Teilnahme auffordern
 Und dies sind die Forderungen der Atom
 waffengeegner: Keine Atom
 waffen auf deutschem
 Boden! Keine deutsch
 französische
 Atomwaffenproduktion!
 Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in



EINDRUCKSVOLLER AUFTAKT zum Ostermarsch West 1963: Eine Kundgebung in Dortmund mit 1500 Teilnehmern am Abend des 16. Februar. Schon in den Nachmittagsstunden stand Dortmund im Zeichen der Atomwaffengeegner: Ein Autokorso mit mehr als 75 PKW – von der Plastikwanze bis zum dicken Mercedes – bewegte sich durch die Straßen der Stadt. Die richtige Ouvertüre: Skiffle-Musik.



OBERKIRCHENRAT KLOPPENBURG, Mitaufrufer für den Ostermarsch 1963 in seiner Ansprache: „Es wird weitergerüstet, obwohl uns die Kuba-Krise vielleicht die letzte Chance der Besinnung ließ. Wir greifen vielleicht zu ungewohnten Mitteln, indem wir auf die Straße gehen. Wir müssen die Forderung nach Abrüstung und Frieden zu Gehör bringen. Ich freue mich, daß soviel Junge dabei sind.“



EIN FACKELMARSCH mit etwa 1000 Teilnehmern: Höhepunkt und Ausklang des Tages. „Bürger Dortmunds denkt daran, beim ‚Spiegel‘ fing der Notstand an!“ – „Keine Atomwaffen auf deutschem Boden!“ – so schallten die Sprechchöre durch die Stadt. Skiffle-groups und Instrumentalgruppen sorgten für Stimmung im Zug. Populärster Slogan: 1963 – der stärkste Ostermarsch, den es je gab!



KEINEN GESAMTDEUTSCHEN FRIEDHOF – Rolf Koltzsch, 1. Vorsitzender der Jungsozialisten des Bezirks Ostwestfalen-Lippe zitierte auf dieser Kundgebung aus dem ‚Kampf-dem-Atomtod-Aufruf‘ Erich Ollenhauers (Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht). Er sagte: „Ich bekenne mich zu diesem Aufruf! Ich fordere dazu auf, sich am Ostermarsch 1963 zu beteiligen.“

Noch 47 Tage bis zum Ostermarsch

Parlament der bayerischen DGB-Jugend in München

In Namen von 96 000 jungen Gewerkschaftern:

Kampfbeschlüsse für Abrüstung – gegen Notstandsgesetze

Forderung an Bonn: Macht eigene Abrüstungsvorschläge!

Gruß an die Ostermarsch-Teilnehmer



Im großen Saal des Münchener Gewerkschaftshauses trafen sich am 2./3. Februar 80 Delegierte und 70 Gastdelegierte zur 5. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Bayerns. Flotte Jazzmusik bildete den Auftakt – eine kritische Diskussion und kämpferische Beschlüsse den Höhepunkt dieser Konferenz.

HINTER DGB-KONGRESS

Die Delegierten beließen es nicht bei schönen Worten gegen die Politik der Notstandsgesetzgebung und der Aufrüstung. Sie begrüßten den Ostermarsch und beschlossen Aktionen am 1. September. Sie forderten von der Bundesregierung eigene Abrüstungsvorschläge. Gleichzeitig bekräftigten sie ihre Entschlossenheit, die Demokratie zu verteidigen. (Wort-

laut der Anträge siehe rechte Spalte.)

Günter Stephan, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB und Leiter der Abteilung Jugend betonte noch einmal, daß die Gewerkschaftsjugend hinter den DGB-Beschlüssen von Hannover steht. Er sagte u. a., alle Kritiker am DGB-Kongreß hätten eigentlich in dem Augenblick schweigen müssen, als die Spiegelaffäre zeigte, daß die Gewerkschaften mit ihren Befürchtungen recht hatten.

STÄRKERE AKTIVITÄT

Horst Ende, der Vorsitzende des Bezirksjugendausschusses, und Xaver Senft, Leiter der Abt. Jugend im Landesbezirk, wiesen im Rechenschaftsbericht darauf hin daß das Interesse und die Aktivität der Jugendlichen in

den letzten zwei Jahren stark gewachsen ist. Das gelte besonders für das gesellschaftliche Geschehen und für die politische Bildungsarbeit. Als Beweis führten sie die zahlreichen neugegründeten Arbeitskreise und die stärkere Teilnahme an gewerkschaftlichen Schulungskursen an. Am Pfingsttreffen 1960 nahmen 500 Jugendliche teil, 1962 waren es 5500. An den Gedenkfeiern in den ehemaligen KZs Dachau und Flossenburg nahmen 1962 fast doppelt soviel teil wie im Vorjahr.

KRITIK UND NEUE PLÄNE

Scharfe Kritik übte Xaver Senft an einigen Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes. Zwar gebe es insgesamt erhebliche Verbesserungen, man müsse sich aber energisch gegen die zu lange Arbeitszeit für Jugendliche wenden.

Weil sich die Bremer Falken gegen die Notstandsgesetze und für Aktionen gegen die Atomrüstung aussprachen, wurden sie von des Kanzlers Junger Union diffamiert (elan 3/63). Die Mittel wurden ihnen gesperrt. Andere Falken-Bezirke solidarisierten sich.

Bremer Falken kontern Diffamierer



Der Landesverband Bremen der SJD — Die Falken setzte sich in einer Erklärung mit den böartigen Angriffen und Verleumdungen der Jungen Union, auseinander. Darin stellen sie fest, daß die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner — über jede Verdächtigung erhaben ist. Wörtlich heißt es:

„Wir fragen die Junge Union, ob nicht die verfehlte Politik der CDU und der Jungen Union seit 1949 einen guten Teil zur Vertiefung der Spaltung unseres Vaterlandes beigetragen hat.“

Anstelle einer blindwütigen Reaktion auf die Beschlüsse unserer Konferenz sollte die Junge Union sachliche Vorschläge zur Beseitigung der Mauer in Berlin einbringen.“

WIR SIND AUF DGB-KURS

Verwunderung habe die Mitteilung ausgelöst, der Landesvor-

stand der SPD prüfe die Frage, ob eine Mitgliedschaft in den Falken mit der Mitgliedschaft in der SPD vereinbar ist.

Die Falken betonen: Wer den Beschluß gegen die Notstandsgesetzgebung angreife, greife auch den Beschluß des 6. DGB-Kongresses an.

Im Beschluß der Landeskonferenz heißt es u. a.:

„Wir begrüßen den Beschluß des DGB-Kongresses in Hannover zur Notstandsgesetzgebung. Unser Vertrauen setzen wir in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Verhinderung einer Notstandsgesetzgebung. Die Erfahrungen der Weimarer Republik und des Artikels 48 sollten eine eindringliche Warnung sein...“

BREMER FINDEN UNTERSTÜTZUNG

Inzwischen haben sich mehrere Bezirke der SJD — Die Falken

mit der von den Bremer Falken auf ihrer Landeskonferenz bezogenen Haltung solidarisch erklärt und die unqualifizierten Tiefschläge der Jungen Union zurückgewiesen.

HEXENJAGD DER JUNGEN UNION

Die von der Jungen Union gegen die Bremer Falken entfesselte Hexenjagd wirft ein bezeichnendes Licht auf die demokratische Haltung dieser McChartys. Sie fabulieren gern und oft von Freiheit. Offenbar meinen sie damit die Freiheit, ja und amen zu dem zu sagen, was sie für richtig halten. Wer eine eigene Meinung hat, ist verdächtig. Wer nicht pariert, ist Kommunist. So einfach ist das Rezept des Rufmords.

PS: Man kann es verstehen, daß der Jungen Union Andersdenkende mit eigener Meinung nicht schmecken. Ihre Spitzen scheinen nie eine gehabt zu haben. Ben

Landeskonferenz der hessischen Naturfreundejugend: Gegen NS-Gesetze

Ein nachdrückliches Bekenntnis zum politischen Engagement legte die Landeskonferenz der hessischen Naturfreundejugend 1963 in Darmstadt ab. Mit Beschlüssen gegen die Notstandsgesetzgebung und für den Ostermarsch legte sie ihre Marschrichtung fest für die Bundesjugendkonferenz ihres Verbandes, die im Juni in Hannover stattfinden wird.

In ihren Richtlinien bekenne sich die Naturfreundejugend zum Grundgesetz der Bundesrepublik, betonte der bisherige Landesjugendleiter Klaus Vack. Das erfordere ein unermüdliches Eintreten für die Erhaltung unserer demokratischen Verfassung. Die Delegierten begrüßten in einer Entschließung den Anti-Notstandsbeschluß des 6. DGB-Kongresses. Sie erklärten sich bereit, „alle Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung zu unterstützen“.

GEGEN RUFMÖRDER UND DIFFAMIERUNG

In einer weiteren Entschließung, in der alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme am Ostermarsch aufgerufen werden, wenden sie sich gegen die Diffamierung, welcher der Ostermarsch ausgesetzt ist. Die Landesjugendleitung wird beauftragt, sich an die hessischen Bundestagsabgeordneten und die entsprechenden Instanzen der SPD und des DGB im Sinne dieses Antrags zu wenden und zu verlangen, daß die Warnungen vor den Ostermärschen zukünftig unterbleiben.

ERFOLGREICHE JUGENDARBEIT

Die hessischen Naturfreunde können auf eine erfolgreiche Jugendarbeit in den letzten Jahren zurückblicken. Mehr als 60 zentrale Veranstaltungen, Treffen, Ferienlager, Sporttage und Auslands-Studienfahrten wurden durchgeführt.

Für das Sommerhalbjahr 1963 sind geplant: Kultureller Wettbewerb, Sporttreffen, Landesjugend- und Landeskinderfest, sowie eine Studienfahrt nach Algerien. Neu gewählt: Fritz Amann (Landesjugendleiter) und Klaus Lischka (Stellvertreter).

BESCHLÜSSE

5. Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaftsjugend Bayern

Gegen Atomwaffen in Ost und West — für allgemeine und kontrollierte Abrüstung

Die Delegierten der 5. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB, LB Bayern, begrüßen voller Hoffnung jeden Schritt auf dem Wege zur Entspannung und Abrüstung. Das gilt insbesondere für die Gespräche, die gegenwärtig in der Frage eines Teststops geführt werden. Die augenblickliche Unterbrechung der Gespräche sollte jedoch nicht Anlaß zur Wiederaufnahme der Atomversuche sein, wie sie in den letzten Tagen von Präsident Kennedy angekündigt wurden. Wir ersuchen die politischen Repräsentanten der maßgeblichen Atommächte in Ost und West dringend, die Verhandlungen über den Teststop endlich zu einem guten Ende zu führen im Interesse der Menschheit.

Um so mehr bedauern wir, feststellen zu müssen, daß sich Frankreich solchen Verhandlungen nach wie vor fernhält. Es besteht die Gefahr, daß sich die Bundesrepublik auf dem Umweg über Frankreich an der Produktion von Atomwaffen beteiligt und die Bundeswehr atomare Waffen führt. Auf der anderen Seite droht eine weitere Vergrößerung des sogenannten Atomclubs durch China.

Die atomare Gefahr ist also größer denn je zuvor. Die Delegierten erheben deshalb erneut ihre Stimme gegen diese Entwicklung, die die Demokratie, die Freiheit und den Frieden in der Welt aufs äußerste gefährden. Sie appellieren an die verantwortlichen Politiker und Staatsmänner, endlich das beiderseitige Mißtrauen zu überwinden und eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu vereinbaren, bevor es zu spät ist.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eigene Abrüstungspläne zu entwickeln.

In Übereinstimmung mit dem dahingehenden Beschluß des 6. DGB-Bundeskongresses werden die Vertreter der Gewerkschaften im „Ausschuß Kampf dem Atomtod“ und die Gewerkschafter im „Komitee gegen Atomrüstung“ ersucht, demokratische Initiativen zu entwickeln und zu unterstützen, die zum Ziel haben, die Öffentlichkeit aufzuklären und aufzufordern zum Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West.

In diesem Sinne grüßen die Delegierten die jungen Gewerkschafter, die in den letzten Jahren an den englischen Aldermaston-Märschen und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern teilgenommen haben und erklären sich mit ihnen solidarisch.

Zum politischen Klima in der Bundesrepublik

Die Delegierten der 5. Jugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Bayern haben mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, daß die geplante Plakataktion gegen Kriegsspielzeug anlässlich der Spielwarenmesse 1963 von den städtischen Behörden Nürnbergs unterbunden worden ist. Sie sehen in dieser Maßnahme ein schlechtes Beispiel demokratischen Stills, das um so schwerer wiegt, als zur gleichen Zeit wieder Äußerungen amtlicher oder ehemaliger Militärs davon Zeugnis geben, daß in unserem Staat nach wie vor Auffassungen vertreten werden, die wir längst überwunden glaubten.

Adolf Kummernuß auf der Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft ÖTV in Bremen: Die Jugend muß ein neues 1933 verhindern!

Nicht im Sandkasten spielen

So bekam Herr Dönitz im Jahre 1945 Nachfolger Hitlers als Führer, in Schleswig-Holstein Gelegenheit, vor Gymnasiasten zu sprechen, und das im staatsbürgerlichen Unterricht: Herr Foertsch, Generalinspekteur der Bundeswehr, bezeichnete Presse-meldungen zufolge zur gleichen Zeit das Fernsehspiel „Stalingrad“ als „Kampfmittel der bewußten Gegner der Freiheit oder ihrer mißbrauchten Helfer“. Die Delegierten begrüßen die Stellungnahme des NDR gegen diese unqualifizierte Äußerung, in der es heißt, daß Herr Foertsch die gezeigten Vorgänge in Stalingrad anscheinend „billige oder gar als beispielhaft betrachte“

Wir protestieren auf das Schärfste gegen diese politische Praxis, die dem demokratischen Jugendring die Meinungsäußerung untersagt, dem Ersatzdiktator von 1945 jedoch die Möglichkeit gibt, vor jungen Menschen zu sprechen. (Einstimmig angenommen.)

Der bei der letzten Bundesjugendkonferenz gefaßte Beschluß, anlässlich des Kriegsausbruchs jeweils am 1. September Anti-Kriegsfeiern durchzuführen, wird im Landesbezirk Bayern 1963 erstmalig verwirklicht.

Antikriegsfeiern

Begründung: Mit den Beschlüssen der Bundesjugendkonferenz und der Jugendkonferenz der IG Metall hat die Gewerkschaft ihre Auffassung zu erkennen gegeben, daß wir die Pflicht haben, bedeutende politische Ereignisse immer wieder in das Gedächtnis der Menschen zurückzurufen. Diese freiwillig übernommene Pflicht kann jedoch nur dann erfüllt werden, wenn der DGB-Bundesvorstand, die Vorstände der Gewerkschaften und die Landesbezirksvorstände bereit sind, die Beschlüsse der Jugend zu akzeptieren und zu unterstützen. Das Ansehen der Gewerkschaftsjugend hängt wesentlich von der Erfüllung der gefaßten Beschlüsse ab. (Einstimmig angenommen.)

Auswitzerfahrten

Die 5. Ordentliche Landesbezirksjugendkonferenz beauftragt die Abteilung Jugend (Bayern), beim Bundesvorstand die Durchführung von Gedenkfahrten nach den ehemaligen Konzentrationslagern Birkenau-Auschwitz zu erwirken. (Einstimmig angenommen.)

GEWERKSCHAFTER UNTERSTÜTZEN OSTERMARSCH

Zu den mehr als 400 Persönlichkeiten, die bis jetzt den Aufruf zur Teilnahme am Ostermarsch 1963 unterzeichnet haben, zählen zahlreiche Betriebsratsvorsitzende, Gewerkschaftssekretäre, Betriebsräte, Jugendsprecher und Jugendleiter. Für die Teilnahme am Ostermarsch hatten sich mehrere Gewerkschaftsgremien, darunter der DGB-Kreisjugendausschuß Frankfurt, die Delegiertenkonferenz der IG Metall Rheinhausen ausgesprochen.

Auch die Bundesjugendkonferenz der IG Metall im Mai 1962 hatte zur Unterstützung der Ostermärsche aufgefordert.

Die Erklärung des DGB-Bundesvorstandes, in der eine Teilnahme als Organisation verneint wird, wird in Kreisen des Bundesvorstandes und des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ dahingehend kommentiert, daß es jedem Funktionär und jedem Mitglied freigestellt ist, aktiv in der Ostermarsch-Kampagne mitzuwirken.

D

Der leidenschaftliche Appell des ÖTV-Vorsitzenden Adolf Kummernuß an die Jugend, die Augen aufzumachen und eine antidemokratische Entwicklung zu verhindern — das war der eigentliche Auftakt der außerordentlichen Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft ÖTV am 13. Februar in Bremen.

Diese außerordentliche Konferenz war durch das Ausscheiden des bisherigen Bundesjugendsekretärs Max (Macky) Jägers erforderlich geworden, der zum Mannheimer DGB-Vorsitzenden gewählt wurde.

Die 91 Delegierten vertraten 100 000 Jugendliche bis zu 25 Jahren, die in der Gewerkschaft ÖTV organisiert sind. Macky Jäger konnte in seinem Geschäftsbericht feststellen, daß bei der Werbung junger Mitglieder gute Erfolge erzielt wurden. Der jährliche Zuwachs betrage ca. 14 Prozent. Er betonte jedoch, daß es notwendig ist, das Fundament der Gewerkschaft zu verjüngen. Vor allem auf den Einsatz am Arbeitsplatz komme es an.

... DA LIEFEN EINIGE NOCH IN BRAUNEN KITTELN 'RUM!

Einer der großen Höhepunkte dieser Konferenz: Die Begrüßungsansprache von Adolf Kummernuß, Temperamentvoll, leidenschaftlich griff er an: Das Gerede vom Harmonisierungsgedanken ist ausgemachter Unsinn. Die Formeln, nicht die Verhältnisse haben sich geändert. Wir waren schon Ordnungsfaktor, als manche noch in braunen Kitteln 'rum-liefen.

Und wenn die ersten braunen Blätter vom Wirtschaftswunder-Baum fallen, dann sollen wir die Zeche als Arbeiter wieder bezahlen.

Wären wir so machthungrig, wie unsere Gegner sagen, dann hätten wir das Ahlener Programm der CDU längst verwirklicht (In ihm wurde die Sozialisierung der Grundstoffindustrien gefordert).

Als Beispiel dafür, wie weit die Dinge schon wieder gediehen sind, führte Kummernuß die Affäre Frauendorfer an. Er fragte: Was mögen das für Demokraten sein, die diesen Mann (SS-Himmlers ehem. Adjutanten, heute CSU-Bun-

destagskandidat) für den Bundestag nominierten?

Stürmischer Beifall brandete auf, als er abschließend sagte: Ihr müßt euch zur Wehr setzen. Ihr müßt verhindern, daß sich in Deutschland so etwas noch einmal wiederholt, daß die Demokratie Stück für Stück zerschlagen wird. Gerade heute müssen die Gewerkschaften bereit sein, Demokratie und Freiheit zu verteidigen.

DIE JUGEND SCHWEIGT NICHT

Wir haben uns auf der Bundesjugendkonferenz des DGB in Berlin dagegen zur Wehr gesetzt, als man uns von der Politik abdrängen wollte. Wir werden das auch in Zukunft tun, betonte Macky Jäger in seinem Dank an Kummernuß.

Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg bekräftigte in seinem Referat „Die Gewerkschaften im demokratischen Staat“ die Entscheidung des DGB-Kongresses, nachdem die Jugend das volle Recht auf politische Diskussion und Entscheidung hat. Aktuelle Fragen behandelte er nicht.

Mehrfach mußte er jedoch hören, daß der Jugend das Reagieren des Bundesvorstan-

des „Bauchschmerzen“ verursacht und verursacht. Macky Jäger sprach dies an, als er an den Appell der Göttinger Professoren in Sachen Kampf gegen die Atomrüstung erinnerte. Auch Bertolt Kiekebusch, der auf dieser Konferenz neu gewählte Bundesjugendsekretär der ÖTV wies darauf hin, daß das bisherige Stillschweigen des DGB-Vorstandes in Sachen Notstandsgesetze gebe Anlaß zur Sorge.

DER NEUE BUNDESJUGENDSEKRETÄR

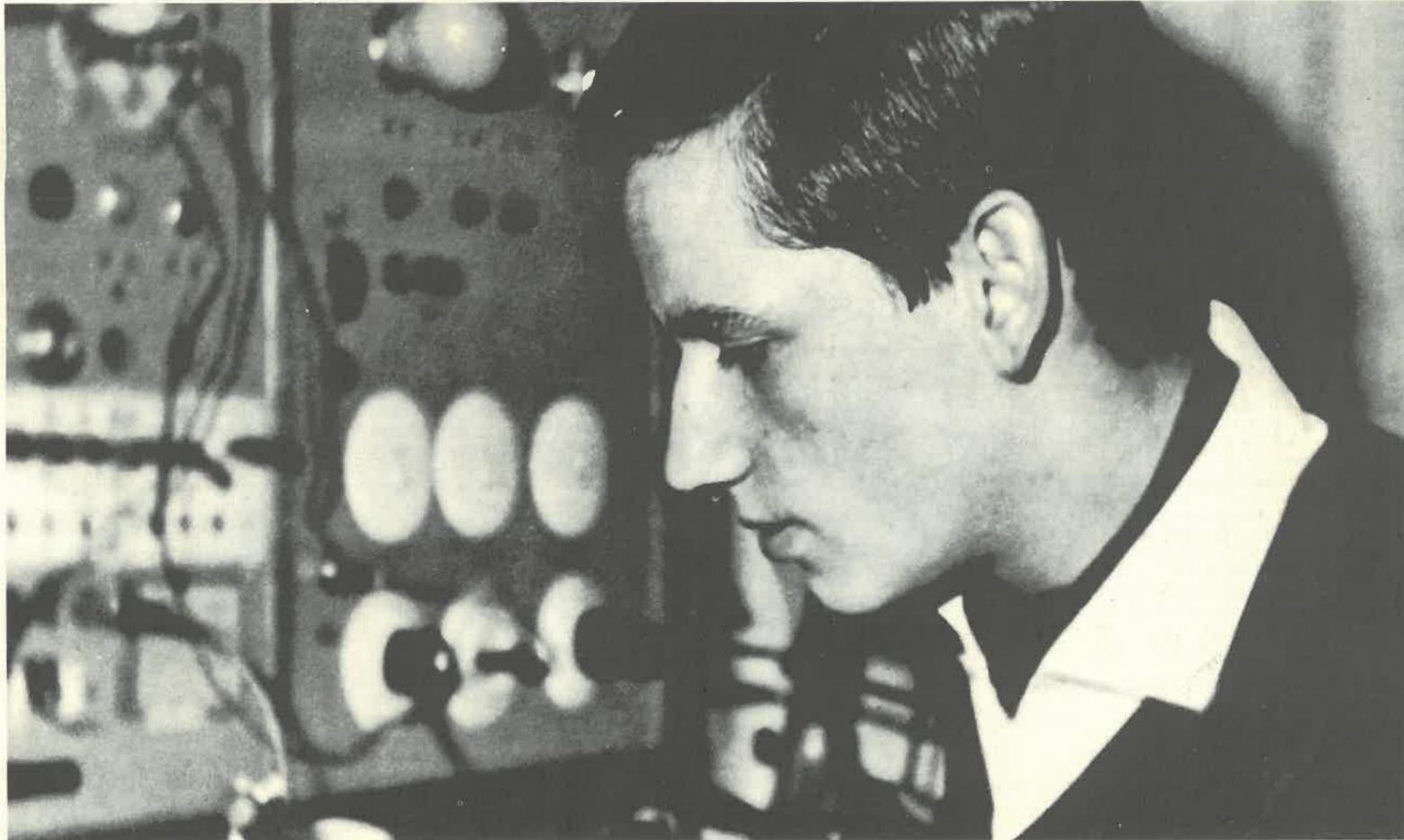
Die Gewerkschaftsjugend müsse zu allen politischen Fragen Stellung beziehen, betonte Bertolt Kiekebusch in seinem Referat „Gewerkschaftliche Jugendarbeit in der ÖTV“.

Wir wollen nicht im Sandkasten spielen. Wir haben auf der Bundesjugendkonferenz in Berlin die Wehr- und Rüstungspolitik abgelehnt. Notwendig ist jetzt eine breite Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Gefahren der Notstandsgesetze. Er erinnerte an den Ausspruch des früheren Innenministers Schröder: Lesen Sie die letzten Reden von Otto Brenner, wenn Sie wissen wollen, warum wir ein Notstandsgesetz brauchen.

Er habe sich als Unterzeichner des Aufrufes zum letzten Ostermarsch der Atomwaffengegner gefragt, warum der DGB sich gegen diese demokratische Bewegung ausgesprochen habe. Auch wehre er sich gegen die Ausartungen des Antikommunismus, weil er die gleichen Gefahren heraufbeschwöre wie seinerzeit der Antisemitismus. Man müsse sich um Kontakte mit den Menschen im Osten bemühen; wenn man die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bestehen wolle. Zwar müsse man die Bundeswehr als Faktor anerkennen. Die Rüstungspolitik der Herren Strauß und von Hassel müsse man ablehnen.

In einer Entschließung wandte sich die Konferenz gegen die Diskriminierung eines Jugendoffiziers der Bundeswehr in Süddeutschland, der strafversetzt wurde, weil er sich um eine gute Zusammenarbeit mit den Verbänden der Arbeiterjugend bemüht hatte. Sein Vorgesetzter hatte ihn gefragt: Was wollen sie denn bei denen? Die nächste ordentliche Bundesjugendkonferenz findet im kommenden Jahr voraussichtlich im Ruhrgebiet statt.

BEN NATTER



Rudolf hat sich viel vorgenommen

In diesem Frühjahr sind die Neuwahlen der Betriebsjugendvertreter fällig. Der DGB hat alle Mitglieder der Gewerkschaftsjugend aufgerufen, alles zu tun, um das gesetzliche Recht zur Wahl wahrzunehmen und solche Vertreter zu benennen, die „mutig und gerecht die Interessen der Jugendlichen im Betrieb vertreten“. Bei der Firma DEBEG in Hamburg kandidiert Rudolf Meyer. Wir befragten ihn über seine Absichten und Vorstellungen.

elan: Kollege Meyer, Du bist 17 Jahre jung. Was veranlaßt Dich eigentlich in Deinem Betrieb zu kandidieren?

Meyer: Der bisherige Jugendvertreter mußte vor einem halben Jahr zur Bundeswehr. Er vertrat unsere Belange immer zufriedenstellend. So entstand eine große Lücke. Meine Kollegen, mit denen ich oft gewerkschaftliche Fragen dis-

kutiere, traten nun immer öfter an mich heran, um verschiedene Angelegenheiten bei dem Meister vorzubringen. Das habe ich auch getan. Nun haben sie mich zum Kandidaten vorgeschlagen.

elan: Würde und wird die Arbeit des Jugendvertreters vom Betriebsrat unterstützt?

Meyer: Na ja, so weit man von einer Unterstützung sprechen kann... Es ist leider so, daß der Betriebsrat für uns nicht viel tut. Das wirkt sich natürlich nachteilig auf die Arbeit des Jugendvertreters aus.

elan: Wie steht der Arbeitgeber zu den Forderungen des Jugendvertreters? Habt ihr schon Erfolge gehabt?

Meyer: Ja. Er hat verschiedentlich für Verbesserungen gesorgt. Natürlich ging das nicht immer ohne harte Auseinandersetzungen über die Bühne.

elan: Gibt es Schwierigkeiten mit den Kollegen? Interessie-

ren sie sich für die Gewerkschaften und ihre Beschlüsse?

Meyer: Das Vertrauensverhältnis unter den Jugendlichen hier bei uns ist prima. Nur gegenüber dem Betriebsrat ist es nicht besonders. Warum, habe ich vorhin schon begründet. Das Interesse für die Gewerkschaften ist sehr unterschiedlich. Aber ich habe oft gute Diskussionen, auch während der Arbeitszeit.

elan: Was gedenkst Du zu tun, wenn Du gewählt wirst?

Meyer: Ich denke daran, zunächst ein Forderungsprogramm der Jugendlichen aufzustellen, das die dringlichsten Verbesserungen enthält. Wir wollen z. B. eine einheitliche Urlaubslänge für alle Lehrlinge, auch für die 18jährigen, erreichen. Dann sind da einige Verbesserungsvorschläge, die den Arbeitsplatz direkt betreffen. Weiter müssen wir Lehrlinge für das Kantinenessen pro Mahlzeit 2,20 DM bezahlen. Ich finde, das ist zuviel.

elan: Hast Du auch Verbesserungsvorschläge für den Arbeitsschutz?

Meyer: Noch nicht. Aber wir müssen auch Arbeiten verrichten, die nicht in unseren Bereich fallen, z. B. in der Massenproduktion. Darüber sind wir sehr sauer, denn man lernt bei dieser Arbeit kaum etwas. Außerdem ist sie sehr anstrengend und ermüdend.

elan: Vielleicht noch eine private Frage. Welche Hobbys hast Du?

Meyer: Nun, ich fotografiere gern und entwickle auch selbst. Hier diese Schalttafel hat mich auch viele Stunden Freizeit gekostet. Da habe ich einen Empfänger, Lautsprecher und allerlei technische Gags eingebaut. Nach meiner Lehre will ich nämlich eine Funkschule besuchen.

elan: Dazu und zu Deiner Wahl wünschen wir Dir viel Glück.

Notstands

A



E



„Bundeswehr Achtung! Die Augen zu!“

„Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, Essen

B

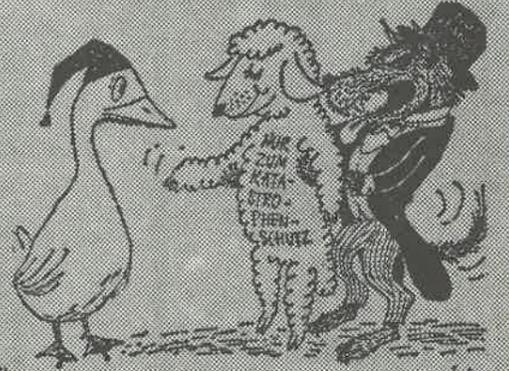


Der Kern der Sache (Das Notstandspaket)

(METALL)

Bonner Märchenstunde

(TEXTIL-SEKLEIDUNG)



(METALL)



„Leben wir denn in einer Diktatur?“
„Ruhig Mann, das ist bereits Geheimnisverrat!“

(HOLZARBEITER-ZEITUNG)

Alles durch den großen Wolf



„Auch französisch!“ rief der Minister zufrieden, auf das Flaschenetikett deutend, lobte erneut den Rousseau, zündete sich mit der schwerfälligen Glätte des autodidakten Weltmannes eine Zigarre an, schwieg lauernd hinter nachdenklicher Attitüde, vollführte eine Geste des Wohlbehagens und stieß mit dem Studienfreund an.

2. Kapitel

Der Minister hat ein Projekt, an dem viel verdient werden kann

„Ich sagte dir bereits, daß du mir seit einiger Zeit im Kopf herumgehst. So etwas kommt nicht von ungefähr. Du weißt, ich bin spontan, ein Instinkt Mensch ... kurz, und das ist der eigentliche Grund meines Hierseins: Ich hätte einen sehr schönen Posten für dich. Syndikus einer Bau- und Wohnungs-Gesellschaft für die Unterbringung von EWG-Personal, die mein Freund Schramm mit einigen sehr befähigten jungen Leuten kürzlich gegründet hat. Du kennst ihn ja, ein sehr vielseitig interessierter Mann mit weltweiten Verbindungen. Damit wäre deine Kanzlei für die nächsten Jahre ausgelastet. Es handelt sich, vertraulich gesprochen, um ein Projekt von etwa einhundertfünfzig Millionen. Auch die NATO steht dahinter. Das kann der gute Schramm nicht allein machen, da braucht er einen zuverlässigen Mann.“

3. Kapitel

Ein Skandal wird eingefädelt und welche Rolle unser Held dabei spielt

Auf dem Flur drehte sich der Minister noch einmal um.

„Beiläufig, hast du nicht seinerzeit den ... Großkaufmann Staudinger vertreten?“ Ohne eine Antwort abzuwarten, war der schwere Mann wieder aus dem Mantel geschlüpft, schritt — ganz Minister jetzt — voran zurück ins Zimmer und schloß die Tür. „Lieber Gustl. Ich spreche jetzt mit dir von Parteifreund zu Parteifreund. Du weißt doch, daß wir hier mit der lokalen Heimatpartei laufend Ärger haben. Da muß etwas geschehen, damit wir

als die einzig wirklich christliche Partei dastehen und endlich die absolute Majorität bekommen.“ „Was hat das mit Staudinger zu tun?“ Felix-Maria nahm August beim Arm, zog ihn in den Bereich seines Raucheratems, sah ihn durchdringend an und entwickelte langsam einen gut durchdachten Plan.

Neben seiner Tätigkeit als Bundesminister hatte er einen wichtigen Posten in der Landesleitung der Regierungspartei inne, was sein Interesse, die Heimatpartei zu zerschlagen, verständlich machte. Ohne Hausmacht sei das Amt eines Bundesministers nur die Pension wert, sagte er. Die absolute Mehrheit im Parlament erreicht eine christliche Partei nach den Vorstellungen des Staatsbürgers durch Leistungen, durch ein überzeugendes Programm bzw. durch eine Leistung überzeugend vortäuschende Propaganda. Weniger durch Gottvertrauen.

Für drei dieser Möglichkeiten war es zu spät. Drängend nah standen die Landtagswahlen bevor.

Nur die vierte, das Gottvertrauen, konnte, wenn man es ordentlich strapazierte und auch sonst etwas nachfaßte, noch helfen. Profan ausgedrückt: Mit einem handfesten Skandal um die Führer der Heimatpartei. Wie aber verwickelt man fromme, ehrbare Männer in einen Skandal? Indem man einen ebenso frommen, aber weniger ehrbaren Mann dingt.

Dieser Mann sollte Augusts ehemaliger Klient, der biederlabile Staudinger sein, ein Mann aus dem Volke, der durch Anpassungsfähigkeit zu Geld und damit zu Ansehen gekommen war. Staudingers unbedingtes Gottvertrauen ermöglichte es ihm, für eine gute Sache jederzeit einen Meineid auf sich zu nehmen. Daß die Sache gut sein mußte, konnte er der gebotenen Summe entnehmen.

4. Kapitel

Ein merkwürdiger Prozeß und der seltsame Zeuge Hunius

Schon vor dem Auseinanderfallen des trostlosen Druckerzeugnisses der Behördenanonymität wußte August, um was es sich handelte: um seine amtliche Vorladung als Zeuge. Und das knapp drei Monate nach Staudingers Selbstanzeige! Beglückende be-

hördliche Eile! Hier winkte ein Fleißbillet. Noch vor Beginn der Sommerferien wollte das Gericht die geplante Entscheidung herbeiführen, um frisch gestärkt im Herbst für neue Aufgaben bereit zu sein. Und sei es schon in verbesserter Position ...

Die Inszenierung lief. Schon wurde August in Brandners NACHTKURIER als wichtiger Zeuge benannt.

„Wir hören!“ nälte Nawratil. Dann hallt im großen Schwurgerichtssaal die Wahrheit wider.

„Als Rechtsanwalt bin ich mir der Zustimmung des hohen Gerichts sicher, wenn ich hiermit erkläre, daß ich mich außerstande sehe, eine falsche Aussage zu machen. Ich kann somit im Gegensatz zu der Meinung des psychiatrischen Sachverständigen nicht bestätigen, daß Herr Staudinger seine Selbstanzeige aus moralischen Motiven, aus echten Gewissensbissen gemacht hat. Ich kann nur sagen, daß er mir ehrlich leid tut und seinen Schritt noch bedauern wird. Seine Selbstanzeige ist auf den Einfluß und die Anstiftung von gewissen politischen Kreisen zurückzuführen; man hat ihm dafür von hoher Seite materielle Vorteile versprochen. Auch mir wurden finanzielle Angebote gemacht, auf die ich für meine Person natürlich verzichte.“

5. Kapitel

Kriminalsterben vor der Tür, und ein Mann wird tot gemacht

„Meine Sekretärin kommt von der Post zurück und sagt, vor dem Haus stehe Kriminalpolizei und ein Wagen vom NACHTKURIER. Man habe sie weggeschickt, als sie parken wollte. Der Platz müsse frei bleiben für die Kriminalpolizei.“

Klaus warf eine Karte ab und schüttelte den Kopf.

„Ich schaue hinunter, da stehen tatsächlich zwei Wagen und auffällig unauffällige Herren drum herum. Jetzt kommen mir doch Bedenken. Um nichts falsches zu machen — man ist ja als Betroffener gerade bei genauer Kenntnis der Materie irritiert — rufe ich einen Kollegen an. Er sei sowieso auf dem Sprung und würde vorbeikommen, sagt er.“

„Und die Kriminalsterben? Haben die nicht inzwischen geklingelt?“

„Genau das fragt mich der Kollege auch, als ich ihm die Tür aufmache. Er beruhigt mich. Ich müsse nicht irren; die Auffahrt gelte bestimmt nicht mir. Daß ein Zeuge freiwillig vom Ausland zurückkommt und ohne Vernehmung verhaftet wird, soweit sei es denn doch noch nicht. Als Beweis führt er den Wagen des NACHTKURIER an. Die Staatsanwaltschaft informiere schließlich nicht die Presse, wen sie als nächsten zu verhaften gedanke. Um aber ganz sicher zu gehen, rät er mir, ich solle ihn zu seiner Kanzlei begleiten. Dann würden wir ja sehen, und ich hätte im schlimmsten Fall gleich einen Zeugen für die Widerrechtlichkeit des Unternehmens. Das leuchtet mir ein. Wir kommen also aus dem Haus, gehen unbehelligt zu seinem Wagen und fahren los. Plötzlich Sirenengeheul, vor und hinter uns Funkstreifen, neben uns im Wagen vom NACHTKURIER ein Mann mit Kamera im Anschlag. So gehts in polizeiwidriger Fahrweise bei Gelb noch über den Domplatz. Dann werden wir an die Gehsteigkante gedrängt, vom Presseauto, wohlwiegend, nicht von der Polizei, auf einmal steht Nawratil an der Tür und schreit: 'Sie sind verhaftet!' Ich versuche noch einen Scherz, sage: 'Ich denke, Sie haben heute keine Zeit für mich', der Kollege klagt über bedauerliche Wildwestpraktiken, so etwas habe er in seiner ganzen Laufbahn nicht erlebt. 'Dann erleben Sie es eben jetzt', schreit Nawratil und schickt ihn kurzerhand weg. Großer Menschenauflauf, ich erkenne Brandner, auch eine Filmkamera surrt, ich muß umsteigen und werde ins Polizeipräsidium gebracht. Im Hof stehen schon einige Journalisten und Fotografen bereit, ich werde vor ein vergittertes Fenster gestellt, was ein hübsches Motiv abgibt. In dem Gedränge frage ich einen Journalisten, woher er denn von meiner Verhaftung wisse. Er sei schon gestern angerufen worden, sagt er. Anonym!“

„Es lebe der Rechtsstaat!“ sagte Klaus. Soweit unsere Leseprobe aus dem hochinteressanten Roman „Das Recht auf den anderen“ von Oliver Hassencamp. Ein Buch, das unserer Zeit und ihren aktuellen Ereignissen hart auf den Fersen ist. Manch einer mag dieses Buch schockieren; viele aber werden es mit Begeisterung lesen.

(DAS RECHT AUF DEN ANDEREN von Oliver Hassencamp, 318 Seiten, Ganzleinen, im Paul List Verlag München, Preis: 14.80 DM)

Seine Freunde warnten ihn, aber August hörte nicht auf sie

HUNIUS LEBT GEFÄHRLICH



Folgende Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik würden durch die Notstandsgesetze eingeschränkt bzw. außer Kraft gesetzt:

ARTIKEL 2

(1) Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit...

ARTIKEL 3

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

ARTIKEL 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

„Wir brauchen kein Notstandsgesetz!“ – klipp und klar stellte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Kriedemann auf einer Gewerkschaftskonferenz in Herne hinter den Anti-NS-Gesetz-Beschluß des hannoverschen DGB-Kongresses. Und der FDP-Abgeordnete Kohut antwortete auf einen Brief von 92 Duisburger Frauen: „Ich bin fest entschlossen, abzulehnen!“

Die Proteste gegen die undemokratische Notstandsgesetzgebung verstärken sich.

„elan“ bringt auf den folgenden Seiten einen Überblick über das sogenannte Notstandspaket der Bundesregierung und seine Folgen. Die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache. Es sind

7 SCHÜSSE INS KNIE DER DE- MOKRATIE



ARTIKEL 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

ARTIKEL 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

ARTIKEL 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

ARTIKEL 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen...

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden...

(3) Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden.

Notstands Diktatur

Das eigentliche Notstandsgesetz: Die Notstandsverfassung. Sie sieht u. a. vor:

Die Gesetzgebung kann dem Bundestag entzogen und einem Ausschuss übertragen (Notgesetz), oder von der Bundesregierung allein nach ihrem Gutdünken ausgeübt (Notverordnungen) werden.

Voraussetzung dafür ist, daß der „Zustand der äußeren Gefahr“ festgestellt wird oder ein Angriff auf das Bundesgebiet droht. Diese „Feststellung“ zu treffen steht auch dem Bundespräsidenten mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers zu. Auch das Militär kann von der Bundesregierung im Innern für polizeiliche Aufgaben eingesetzt werden.



Z. B. wurde anläßlich der Pariser Gipfelkonferenz volle Alarmbereitschaft für alle amerikanischen Truppen angeordnet. Das hätte nach den Gummi-Paragraphen des Notstandsgesetzes bereits die Handhabe geboten, den Zustand der „äußeren Gefahr“ festzustellen. Ebenso anläßlich der Kuba-Krise.

INNERER NOTSTAND

Für den Zustand der „inneren Gefahr“ soll es genügen, wenn etwa „durch Drohung mit Gewalt“ die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes ernstlich bedroht ist oder „Nötigung eines Verfassungsorgans“ vorliegt.

Diese Bestimmungen sind so dehnbar gefaßt, daß Landesregierungen — oder auch die Bundesregierung gegen den Willen einer Landesregierung — von den Notstandsrechten fast beliebig Gebrauch machen können. Schon die „Androhung eines empfindlichen Übels“ kann als Nötigung eines Verfassungsorgans gewertet werden.

Z. B. streiken die Metallarbeiter in Baden-Württemberg. In den Augen der Bundesregierung stellt dieser Streik ein „empfindliches Übel“ dar. Sie proklamiert den „inneren Notstand“ (Artikel 115 i). Und setzen sich die Streikenden gegen diese Beschneidung ihrer Grundrechte zur Wehr, kann sie oder die Landesregierung die Streitkräfte d. h. die Bundeswehr „im Innern mit der Waffe einsetzen“ (Artikel 115 i/3).

Der Frankfurter Jugendring kann kein Jugendforum über unbewältigte Vergangenheit oder zu hohe Mieten durchführen — (siehe Artikel 5 und 8 Grundgesetz) das Abhören bestimmter Sender kann verboten und unter Strafe gestellt werden — (siehe Artikel 5 Grundgesetz) — dem ÖTV-Vorsitzenden Kummernuß kann verboten werden, auf einer Versammlung seiner Gewerkschaft in Hamburg zu sprechen (siehe Artikel 11 Grundgesetz)

(Vergleiche: Hitlers Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“, mit dem „bis auf weiteres“ elementare Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt wurden. „Bis auf weiteres“ dauerte bis 1945.)

Neuer Volkssturm

Eines Tages flattert allen Mietern des Hauses Elbstraße 10 ein Brief ins Haus. Darin steht:

„... teilen wir Ihnen mit, daß sich Ihre Miete gemäß § 19 des Schutzbaugesetzes (Schutzraumbeitrag) monatlich um 10,— DM erhöht.“

So sieht es das von der Bundesregierung vorgelegte Schutzbaugesetz vor: Mieter und Bauherren sollen die Kosten für den — nach Ansicht namhafter Experten sinnlosen — Luftschutz tragen.

Noch schlimmer kommt es im „Selbstschutzgesetz“.

Alle 14 Tage trommelt der Selbstschutzwart (Blockwart) alle Frauen und Männer zwischen 16 und 65 zu Übungen zusammen. Die Teilnahme daran ist Pflicht. (§§ 3 und 4 Selbstschutzgesetz)

Auch die Arbeiter eines Betriebes sind zum „Betriebselbstschutz“ verpflichtet, die Teilnahme an betrieblichen Übungen ist „Pflicht aus dem Dienst- und Arbeitsverhältnis.“ (§§ 21)

Und wenn es plötzlich an der Wohnungstür der Frau Maier klingelt, dann ist es möglich, daß zwei Herren darum bitten, die Speisekammer der Familie besichtigen zu dürfen. Frau Maier wird sie einlassen und ihnen die Speisekammer zeigen müssen.



Denn: „Jeder Haushaltsvorstand ist verpflichtet, für sich und die zu seinem Haushalt gehörenden Personen einen für vierzehn Tage ausreichenden Notvorrat an Lebensmitteln zu beschaffen und bereitzuhalten.“ (§ 7 Selbstschutzgesetz)

Herr Maier muß tief in die Tasche greifen. Das Gesetz zieht ihm noch mehr Geld aus der Börse. Es verpflichtet ihn:

„Ausrüstungsgegenstände zum Schutz gegen die Einwirkungen radioaktiver Niederschläge und gegen chemische Kampfstoffe und biologische Kampfmittel sowie die notwendigen Arznei- und Verbandsmittel zu beschaffen und bereitzuhalten.“ (§ 6 Selbstschutzgesetz)

All das schon in Friedenszeiten.

Vom Ghetto zum KZ?

„Sie hören die Frühnachrichten. Zu vor eine wichtige Durchsage: Alle Einwohner von Mannheim haben sich heute um 10.00 Uhr mit dem nötigsten Handgepäck bei ihren zuständigen Gemeindeführern einzufinden. Ich wiederhole...“

Ein schlechter Witz? Leider nein. Das „Aufenthaltsregelungsgesetz“ gibt die Möglichkeit, die „freie Wahl des Aufenthaltsortes“ zu beschränken, Teile der Zivilbevölkerung zu einem Wechsel des Aufenthaltsortes zu zwingen. (§ 1 und 2 Aufenthaltsregelungsgesetz) Die „Anordnungen bedürfen keiner besonderen Form, sie können auf jede geeignete Weise bekanntgemacht werden.“ (§ 6)

Dieses Gesetz kann angewandt werden, wenn „die Bundesregierung festgestellt hat, daß Beschränkungen in der freien Wahl des Aufenthaltsortes den Umständen nach dringend erforderlich sind.“ (§ 1, Abs. 3)

„Dieser Punkt 3 gibt praktisch eine allgemeine Ermächtigung.“ (DIE ZEIT, 1. 2. 63)

„Mit anderen Worten: Fliehen darf niemand, aber abtransportieren muß sich jeder lassen, auch wenn es gegen jede Vernunft ist.“ (METALL, Nr. 23/62)

Ein anderes Beispiel: In der Westfalenhütte bricht ein Streik aus. Die Bundesregierung stellt fest, daß „Beschränkungen in der freien Wahl des Aufenthaltsortes den Umständen nach dringend geboten sind.“ Die Streikenden werden zur Verlegung nach Bayern abkommandiert. Oder man setzt „ganz zufällig“ zu diesem Zeitpunkt eine „Verlegungsübung nach § 11 an, die den Streik automatisch liquidiert.

Wer „den Aufenthaltsort wechseln“ d. h. seine Großmutter in Hamburg besuchen, eine Arbeit in einer anderen Stadt annehmen oder umziehen will, benötigt dazu die Genehmigung der obersten Landesbehörde. Und zwar für jede Reise im Umkreis von 10 km vom Wohnort. (§ 2, Abs. 1)

Von einem Verbot der Gewerkschaft oder von Beschränkungen für ihre Arbeit steht nichts im Gesetzesentwurf. In der Praxis aber könnte ihre gesamte Arbeit dadurch lahmgelegt werden.

Wenn z. B. einem Dortmunder Gewerkschaftssekretär die Reise zu einer Funktionärs taggedung in Oberhausen verweigert wird. Wenn man den Hauptvorstand einer unbequemen Gewerkschaft aktionsunfähig macht, indem man seinen Mitgliedern die Reiseerlaubnis zum Tagungsort verweigert.

Noch deutlicher wird die Stoßrichtung gegen die Gewerkschaften im „Gesetz über den Zivildienst“. Alle zum Zivildienst Herangezogenen haben nicht mehr das Recht, ihr Arbeitsverhältnis zu kündigen.

Mit Gefängnis bis zu 2 Jahren wird bestraft, „wer eigenmächtig seine Dienst- und Arbeitsstelle verläßt oder ihr fernbleibt.“ (§ 63)

Aber die Hauptursache bei einem Streik ist ja zum Beispiel das „Fernbleiben vom Arbeitsplatz“.

Unter das Gesetz fallen alle Männer von 18 bis 65, alle Frauen von 18 bis 55 Jahren. Jeder Arbeitnehmer kann zwangsweise jedem beliebigen Rüstungsbetrieb zugeteilt werden. Die Verpflichteten können kaserniert werden (§ 37)

Die Verpflichtung kann mündlich, telefonisch, durch Presse etc. ausgesprochen werden (§ 21)

„Der Zivildienstpflichtige wird Arbeitnehmer sein, dem die einfachsten Arbeitsschutzrechte vorenthalten sind.“ (METALL, Nr. 23/62)

Räder müssen rollen

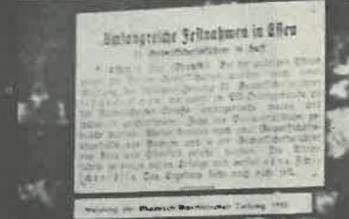
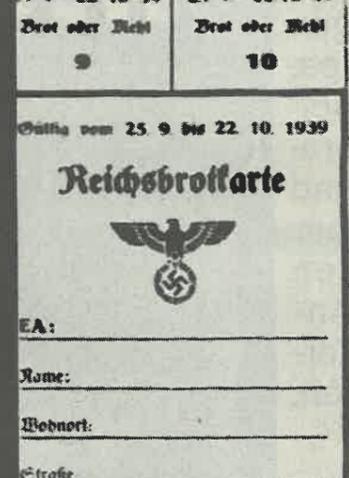
Die Lebensmittelkarten sind in Druck gegangen.

Vergleicht man Erhards Sprüche vom „Wohlstand für alle“, von der „freien Marktwirtschaft“ und dem „Wirtschaftswunder“ mit dem Wortlaut des „Wirtschaftssicherstellungsgesetzes, dann müßte die neue Lösung heißen: Totale Mobilmachung (in Friedenszeiten), Räder müssen rollen.

Dieses Gesetz und das „Ernährungssicherstellungsgesetz“ regeln „die Gewinnung, die Herstellung, die Erfassung, die Ablieferung, die Lieferung, den Bezug, die Zuteilung von Erzeugnissen der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft.“ (§ 1 Wirtschaftssicherstellungsgesetz)

Entsprechende Verordnungen können jederzeit erlassen werden, morgen, übermorgen, wenn „die Bundesregierung festgestellt hat, daß dies zur beschleunigten Herstellung der Verteidigungsbereitschaft notwendig ist.“

Sie bleiben also in das Ermessen einer Bundesregierung gestellt, die sich in der SPIEGEL-Affäre „etwas außerhalb der Legalität“ bewegte, wie es Innenminister Höcherl formulierte.



Natürlich haben die Väter der Notstandsplanung auch die Musterung und Beschlagnahme unserer Privat-PKW nicht vergessen.

Das „Verkehrssicherstellungsgesetz“ macht „Eigentümer und Besitzer von Verkehrsmitteln leistungspflichtig.“ (§ 10)

Sie können verpflichtet werden, ihre eignen Autos, Motorräder etc. „nach einem zu bezeichnenden Ort zu bringen“, zusätzliche Ersatz- und Betriebsstoffe mitzuführen und das Verkehrsmittel „auf Verlangen an dem bezeichneten Ort zu belassen. In schlichtem Deutsch heißt das: Beschlagnahme!

Und damit im „Ernstfall“ alles klappt, können von den zuständigen Behörden auch „Übungen“ angesetzt werden.

Arbeiterjugend Protest

DGB-Jugendkonferenz: Erhaltung der Demokratie

„Die 5. Bundesjugendkonferenz des DGB protestiert energisch gegen die Absicht der Bundesregierung, den sogenannten Notstand gesetzlich zu regeln und im Zusammenhang damit eine gesetzliche Notdienstverpflichtung zu schaffen. Beide Vorhaben sind geeignet, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht, einzuschränken und dadurch die demokratischen Widerstandskräfte in der Bundesrepublik entscheidend zu schwächen.“

Die 5. Bundesjugendkonferenz fordert den Bundesvorstand des DGB auf, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit die Bundesregierung gehindert wird, ihre Pläne zu verwirklichen.

Die 5. Bundesjugendkonferenz fordert darüber hinaus die demokratischen Parteien auf, gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitnehmer die gefährdeten demokratischen Rechte zu verteidigen und die von der Bundesregierung geplanten Gesetzentwürfe abzulehnen.“

DGB-Jugendkonferenz: Aktionen gegen Notstand

„Der Bundesvorstand des DGB wird durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die jeweilige Satzung bevollmächtigt, im Falle einer akuten Bedrohung oder gewaltsamer Einengung gewerkschaftlicher Handlungsfreiheit diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und gewerkschaftlicher Handlungsfreiheit erforderlich sind. Begründung: Die Erfahrungen der deutschen Arbeitnehmer und ihrer Organisationen in der Vergangenheit zeigen die Notwendigkeit auf, bei akuter Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und gewaltsamer Einengung gewerkschaftlicher Handlungsfreiheit sofortige und schlagkräftige Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Gegenwärtig in der Bundesrepublik feststellbare politische Tendenzen zwingen dazu, den Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Feinden der Gewerkschaften im gegebenen Fall eindeutig mit gewerkschaftlichen Maßnahmen zu begegnen. Dieses ist nur möglich bei sofortigen Veranlassungen der höchsten gewerkschaftlichen Organe, da im Falle eines illegalen oder scheinlegalen Staatsstreiches die Durchführung von Urabstimmungen unmöglich sein dürfte.“

Naturfreundejugend: Gemeinsame Gegenaktionen mit allen demokratischen Kräften

„Die Naturfreundejugend Deutschlands wird auch in Zukunft für die Erhaltung aller demokratischen Rechte in der Bundesrepublik eintreten. Sie wendet sich scharf gegen jegliche Einengung unserer im Grundgesetz niedergelegten freiheitlichen Rechte durch Notstands- und Notdienstpflichtgesetz. Sie ist bereit, wenn notwendig, mit allen demokratischen Organisationen und Persönlichkeiten gegen diese Gesetzesvorlagen zusammenzuarbeiten.“

SJD — Die Falken: Kein neues Ermächtigungsgesetz

„Der mehrmals unternommene Angriff der Regierung auf die Pressefreiheit, der dauernde Versuch, wichtige Massenbeeinflussungsmittel wie Funk und Fernsehen zum Zwecke der Manipulation der öffentlichen Meinung in die Hand zu bekommen, dient dem gleichen Zweck. Der Ermächtigungsversuch durch das sogenannte Notstandsgesetz, mit dessen Hilfe an die Stelle freiheitlicher Grundrechte obrigkeitstaatliche Polizeimaßnahmen treten würden, soll diesen Zustand verewigen.“

Nicht Ruhe geben!

Der DGB-Kongreß beschloß



„Die Pläne der Bundesregierung über Notstands- und Zivildienstgesetze erfüllen den Bundeskongreß mit größter Sorge. Als demokratische Organisation der Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften Garanten der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie bekennen sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wie ihn unser Grundgesetz in den Artikeln 20, Abs. 1 und 28, Abs. 1 vorsieht.“

Wo die Gewerkschaften schwach sind oder unterdrückt werden, stirbt auch die Demokratie. Wo sie stark und in der Stunde der Gefahr zum Handeln entschlossen sind, können die Anschläge aller antidemokratischen, totalitären Kräfte gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat erfolgreich abgewehrt werden.

Der Bundeskongreß lehnt jede zusätzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ab, weil beide Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, einzuschränken und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schwächen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirklichen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Demokratie vor den Anschlägen ihrer Gegner nicht dadurch geschützt wird, wenn die wesentlichen Grundrechte aufgegeben und die Handlungsfreiheit der demokratischen Institutionen zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt eingeschränkt werden. Auch die militärische Erfassung der Arbeitnehmer im Arbeitsprozeß durch ihre Zwangsverpflichtung ist für die Verteidigung unserer demokratischen Freiheit nicht erforderlich und für die Gewerkschaften untragbar.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages tragen in dieser Frage eine große Verantwortung. Deshalb fordert der Bundeskongreß, daß die gesetzgebenden Körperschaften im Zusammenwirken mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften sowie allen anderen verantwortungsbewußten demokratischen Kräften unseres Volkes mit aller Entschiedenheit diesen Versuchen der Bundesregierung entgegentreten.“

Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall

Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall, hat in der Zeitung „Metall“ alle Gewerkschaftsmitglieder zu „einem entschlossenen Widerstand gegen die Notstandspläne“ aufgerufen. Wörtlich schreibt er:

„Wir befürchten, daß wir von der geplanten Notstandsgesetzgebung — wie bei einem Eisberg — nur den kleinen über Wasser schwimmenden Teil sehen. Zuerst war nämlich nur von einem Notstandsgesetz und einem Notdienstgesetz die Rede, das man jetzt schamhaft in Zivildienstgesetz umgetauft hat. Jetzt aber entdecken wir den weitaus größeren, unter Wasser schwimmenden Teil, wie das Selbstschutzgesetz, das Evakuierungsgesetz und einen Rattenschwanz anderer Gesetze. Es ist die totale Erfassung der Bevölkerung für einen totalen Krieg, auf den man sich allem Anschein nach vorbereitet. Und unsere Demokratie läuft dabei Gefahr, vor die Hunde zu gehen.“

Das aber können und dürfen wir nicht zulassen.

Der Schutz der Demokratie und der demokratischen Ordnung ist für die Gewerkschaften eine Lebensfrage. Er kann nicht durch Ausschaltung der demokratischen Organisationen erreicht werden, sondern nur durch ihre Stärkung und ihr aktives Eingreifen in der Stunde der Gefahr, so wie 1920 beim Kapp-Putsch . . .

Darum sind wir gegen die Notstandspläne der Bundesregierung. Unsere Ablehnung aller Notstandspläne ist der beste positive Beitrag zur Erhaltung der Demokratie.“



Auf einer Maikundgebung 1962 in Frankfurt am Main

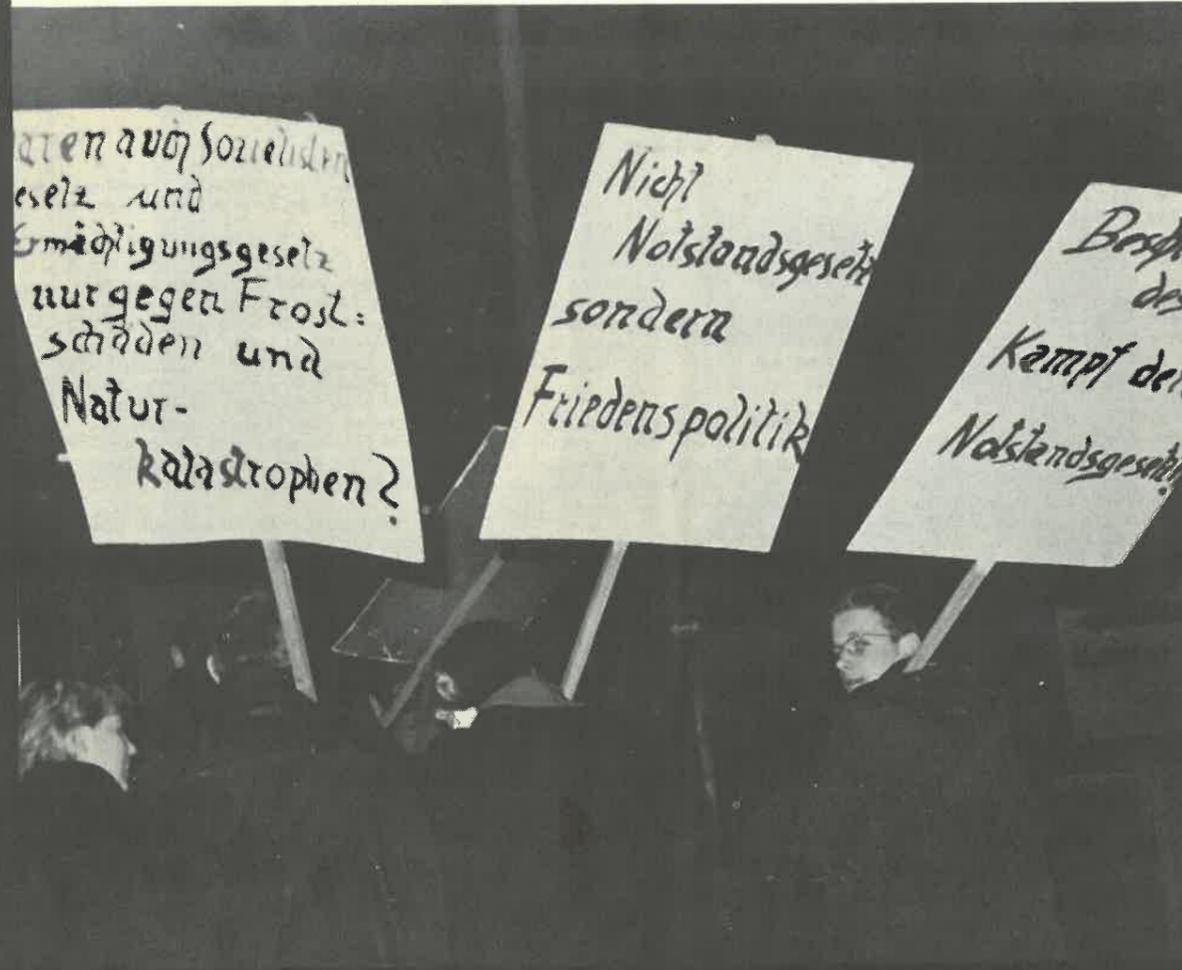
Adolph Kummernuss, Vorsitzender der Gewerkschaft OTV

Der 4. ordentliche Gewerkschaftstag der OTV hat 1961 in Berlin ein Notstandsgesetz abgelehnt, weil es die freiheitlich demokratische Grundordnung bedroht und weil die Bestimmungen ausreichen, um Notständen zu begegnen.

Demokratische Grundrechte und Freiheiten kann man nicht dadurch sichern, daß man sie einschränkt oder abbaut. Ein Notstandsgesetz würde genau das herbeiführen, was es zu verhindern vorgibt. Es gibt bereits ein Bundesleistungsgesetz, das die Möglichkeit bietet, jedes Kraftfahrzeug sowie landwirtschaftliche und industrielle Anlagen für militärische Zwecke zu beschlagnahmen. Dabei sollte man es bewenden lassen.

Die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik hängt nicht von der Größe und der Qualität des militärischen Beitrag ab. Nur allzuleicht neigt man zu einer Überschätzung militärischer Stärke. Doch die Schlagkraft der Bundeswehr, selbst wenn diese durch ein totales Notstandsgesetz auf ein Höchstmaß gesteigert würde, trägt nichts Positives zur Lösung unserer politischen Probleme bei.

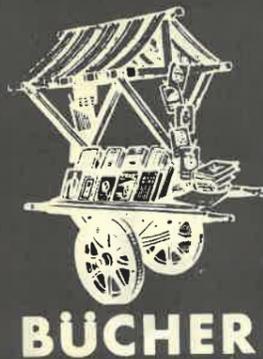
Es gibt keine vertretbare Lösung politischer Probleme auf Kosten demokratischer Grundrechte und Freiheiten. Für ihre Festigung gilt es vielmehr einzutreten. Nicht mit Worten und feierlichen Versprechungen, sondern durch die Tat. Der Verzicht auf ein Notstandsgesetz oder dessen Verhinderung wäre eine Tat.





John Nesbitt

DER TÄTER

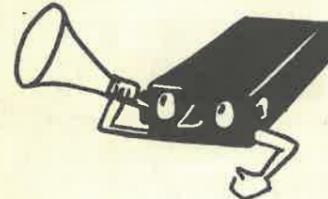


Björn Malmgren's Erfindung

Seit 1959 ist der Schwede Björn Malmgren dabei, ein Kontrollinstrument für Atomversuche zu entwickeln. Am 2. Mai 1962 legte er der Genfer Abrüstungskonferenz den Vorschlag vor, seine 'Schwarzen Kästen' als Kontrollstationen einzusetzen.

Die Pugwash-Konferenz (Konferenz von Kernphysik-Experten, die sich gegen die atomare Vernichtung wenden) nahm Malmgrens Vorschlag auf. Seitdem sind die 'Schwarzen Kästen' im Gespräch.

Die Kästen sollen in Ländern außerhalb des Versuchslandes aufgestellt werden. Die Versuche sind in einer Entfernung von rund 8700 km feststellbar. Dies gilt für Versuche, die über eine minimale Stärke von 2 Kilotonnen (2000 Tonnen) hinausgehen. (Heute testet man bereits Megatonnenbomben. 1 Megatonne = 100 000 Tonnen.)



Schwierig war bisher, das Unterscheiden von Erdstößen und den unterirdischen Versuchen. Durch moderne Aufstellungsmethoden ist inzwischen auch dieses Problem gelöst worden. Die Apparate werden kreuzweise und auf zwei Ebenen placent.

Interview mit Prof. Bernal (London)

Der britische Professor Bernal gab der amerikanischen Zeitung 'World News' ein Interview über die Kontrolle von Kernwaffenversuchen. Er sagte u. a.:

„Die ‚kleinen schwarzen Kästchen‘ haben eine Eigenkontrolle. Da sie alle unterirdischen Vibrationen ihrer Umgebung registrieren und folglich eine vollkommene Aufzeichnung von Erdstößen in allen Teilen der Welt tätigen, können sie nicht abgestellt werden, ohne daß sich dies durch das Fehlen von Erdstoßaufzeichnungen in der fraglichen Periode bemerkbar machen würde. Sie können auch nicht an einem anderen als den festgelegten Ort aufgestellt werden, denn ihre Position ist automatisch durch die registrierte Zeit des Eintreffens der Erdstoß-Erdrüttungen von den verschiedenen Zentren fixiert. Angegebene Verzögerungen sind charakteristisch für einen bestimmten Standort.“

Fälschungen nicht möglich

Ein Austausch ist unmöglich — erstens, weil moderne Versiegelungsmethoden, unter Anwendung von radioaktiven Tastbolzen, nicht gefälscht werden können und weil die Angaben selbst, die für Ort und Zeit der Registrierung charakteristisch sind, nicht kopiert werden können, ohne daß dies bei einer Prüfung festgestellt werden würde.“

Per Telefon genau unterrichtet

Malmgren will seine Kästen an die Fernprechnetze der unter Kontrolle stehenden Länder anschließen, so daß durch ‚Anruf‘ an einen ‚Kasten‘ Auskunft über die seismografischen Aufzeichnungen gewonnen werden kann. Wenn der ‚Kasten‘ angerufen wird, gibt er innerhalb von sechs Minuten die Registrierungen der letzten 24 Stunden. Seismische Störungen werden in zwischen gespeichert. Die Kosten für eine Station gibt Malmgren mit rund 320 000 DM an.

Peter Sandmann

Eines Morgens im Jahre 1888 wurde das kleine französische Seebad Sainte-Adresse durch einen geheimnisvollen Mord in Aufregung versetzt.

Am Abend vorher hatte ein Geschäftsmann namens André Monet, der mit seiner Frau seinen Sommerurlaub an der See verbrachte, das Hotel noch einmal verlassen, um schwimmen zu gehen, bevor er sich zur Ruhe begab. Und frühmorgens hatte ihn ein Bäckerjunge dicht oberhalb der Hochwasserlinie gefunden — mit einem Einschußloch im Hinterkopf. Der Tote war nackt, seine Kleider lagen sauberlich zusammengefaltet neben ihm.

Als die Zentrale der Pariser Sureté, der berühmten französischen Kriminalpolizei, die Mordmeldung erhielt, beorderte sie sofort telegraphisch ihren besten Mann, Robert LeDru, zur Untersuchung des Falles an den Tatort. LeDru — das Idol jedes Schuljungen in Frankreich — war gerade in Le Havre, nur drei Kilometer von Sainte-Adresse.

Obwohl er der jüngste Kommissar der Sureté war, hatte er schon hohe Auszeichnungen für seine brillante Arbeit erhalten. Man sagte von ihm, er könne nach den Fußspuren das Aussehen desjenigen, von dem sie stammten, in großen Zügen beschreiben, könne aus dem Aroma von Zigarrenasche die Tabaksorte herausriechen.

Nur LeDru selber kannte die Wahrheit. Er war keineswegs so brillant, sondern ein langsamer, methodisch vorgehender, geduldiger Arbeiter. Würde ihm ein Fall übertragen, so suchte er, wenn nötig, jeden Quadratmeter Fußboden jedes Zimmers eines ganzen Hauses ab, las jede Nadel, jedes Fädchen auf. Keine Mühe war ihm zuviel. Er konnte Stunden

daran wenden, den Besitzer eines nahe am Tatort gefundenen Knopfes auffindig zu machen. Und seine Geduld führte zu einigen der brilliantesten Lösungen von Mordfällen, die die Geschichte der Kriminalistik verzeichnet.

Da er wußte, daß es seinem Prestige schaden würde, wenn seine Vorgesetzten merkten, wie er sich abmühen mußte, reichte er ziemlich aufgebauscht Berichte ein. Anstatt zum Beispiel zuzugeben, daß er fünf Stunden gebraucht habe, um einen Verdächtigen aufzuspüren, erwähnte er nur, er habe sofort geahnt, wo der Betreffende zu finden war. Auf dem Papier machte sich das großartig, aber um seinen Ruf als bester Kommissar zu wahren, arbeitete der arme LeDru meist die Nächte hindurch an seinen Fällen. Tagelang hintereinander gönnte er sich nur zwei, drei Stunden Nachtruhe; einmal langte es ihm in einer Woche nur zu ganzen sechs Stunden Schlaf.

Darunter litt natürlich seine Gesundheit. Oft wachte er in der Nacht schreiend auf, gepeinigt von Alpträumen, in denen er selbst einen Mord begangen hatte. Doch er hörte nicht auf den Rat seines Arztes, die Arbeit leichter zu nehmen.

Als LeDru am Strand von Sainte-Adresse eintraf, war er einen Moment ratlos. Die Brieftasche des Ermordeten mit mehreren hundert Franc steckte noch in dessen Jackett. Er hatte, soweit man wußte, keine Feinde. Er besaß kein Vermögen und hinterließ keine Erben, außer seiner Frau. Madame Monet hatte bis kurz vor halb drei Uhr morgens in der Hotelhalle auf ihren Mann gewartet. Der Amtsarzt gab die Todeszeit mit etwa zwei Uhr nachts an, so daß Madame Monet als Täterin ausschied.

Schließlich verfiel LeDru, als er keinen Anhaltspunkt fand, auf seine übliche Methode, mit zäher Geduld zum Ziel zu kommen. Er steckte am Strand fünfzehn Meter um die Stelle, wo der Tote lag, mit einem Seil einen Kreis ab und kammte jeden Quadratmeter des Sandes systematisch nach Spuren durch. Es war schon lange nach Einbruch der Dunkelheit, und er mußte eine Laterne zu Hilfe nehmen — da entdeckte er plötzlich, wonach er suchte. Fassungslos starrte er auf das, was er dort sah.

Danach durchstreifte der Kommissar die ganze Nacht die Straßen von Sainte-Adresse und ging frühmorgens zur Polizei.

„Messieurs“, sagte er mit tonloser Stimme, „ich habe den Täter gefunden. Hier ist ein Gipsabguß von seiner Fußspur, die er im feuchten Sand zurückließ, als er sich von hinten an sein Opfer heranschlich. Er ging auf Strümpfen. Beachten Sie bitte das Besondere dieses Abdrucks. Er stammt vom linken Fuß, und — sehen Sie? — das oberste Glied der großen Zehe fehlt. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Fußabdruck von dem Manne herrührt, der André Monet ermordet hat.“

Dann bückte sich LeDru und zog seinen linken Schuh aus.

„Messieurs“, sagte er, „der Mörder bin ich!“

LeDru hatte das oberste Glied seiner großen Zehe schon in früher Jugend eingebüßt. Der Fußabdruck im Sand paßte genau zu seinem Fuß. Die Alpträume, in denen er zum Mörder wurde, waren schreckliche Wahrheit geworden.

ZWEI EMPFEHLENSWERTE BÄNDE fanden wir in der Buchreihe „Evangelische Zeitstimmen“. Sie setzen sich mit dem Verhältnis von Kirche und Welt, bzw. der Kirche und dem Staat als Obrigkeit auseinander. Wer sich über die Haltung bestimmter Kreise der Evangelischen Kirche zu diesen Problemen informieren will, findet hier wertvolles Material.

(H. Treblin: „Zwischen Schwarz und Rot“, 78 Seiten, 2,80 DM. — G. Heipp, H. Rücker: „Christen und Obrigkeit im geteilten Deutschland“, 136 Seiten, 5,80 DM. Herbert Reich, Evangelischer Verlag GMBH, Hamburg-Bergstedt)

EINE ZUSAMMENHÄNGENDE Darstellung der Wirtschaft, des Lebens und der Bevölkerung Europas will das Buch „Europa-Probleme, Aufgaben, Chancen“ geben. In der gesonderten Behandlung eines jeden Landes werden seine Wirtschaftsgeschichte, heutigen Schwierigkeiten und Zukunftsmöglichkeiten aufgezeigt. Bilder und statistisches Material vervollständigen das Buch.

(„Europa-Probleme, Aufgaben, Chancen“, von Prof. G. Preuschen, 275 Seiten, 32 Bildtafeln, 64 Abb., Leinen 21,80 DM, Krauskopf-Verlag, Wiesbaden)

DIE FRANZÖSISCHE GESELLSCHAFT des neunzehnten Jahrhunderts ist der Rahmen einer Biographie des Komponisten Jaques Offenbach. Weniger der Musiker, als vielmehr der Gesellschaftskritiker, der Parodist und Satiriker wird hier herausgestellt. Dieses Buch ist die Biographie einer ganzen Epoche, ein Stück Kulturgeschichte.

(„Pariser Leben — Jaques Offenbach und seine Zeit“ von Siegfried Kracauer, 368 Seiten, Ganzleinen in Geschenkkassette 18,50 DM, Paul List Verlag, München)

AUS ZWEI JAHRHUNDERTEN russischer Literatur hat Jo Harter eine Auswahl getroffen. Daraus ist eine literarische Dokumentation zur Sozialgeschichte Rußlands geworden. Von A. Herzen, über Dostojewski, Gorki, Makarenko und Fadejew, bis hin zu Jewtuschenko wird deutlich, daß die große russische Dichtung immer solidarisch mit dem erniedrigten Menschen war. Ihre sozialen Bekenntnisse sind in der Tat Proteste für die Sache des Menschen. Eine ausgezeichnete Sammlung, die jedem empfohlen werden kann.

(„Proteste — Stimmen russischer Revolutionäre“, herausgegeben von J. Harter, 256 Seiten, Leinen 13,80 DM, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal-Barmen)

ANHAND VON TAGEBÜCHERN des Dichters Leo Tolstoj und seiner Ehefrau Gräfin Sofja versucht Cynthia Asquith das Leben dieser beiden Menschen nachzuzeichnen. Eine Ehe, die sich in den ersten Jahren als die glücklichste pries, war zum Schluß eine Hölle für alle Beteiligten. Dieses Buch gewährt einen Einblick in die Entstehung Tolstoj's berühmter Romane. Die Schriftstellerin schildert nahezu 50 Jahre, in denen diese zwei ungewöhnlichen Menschen zusammenlebten. Es ist eine menschlich ergreifende Biographie.

(Ein Leben mit Tolstoj von Cynthia Asquith, Biederstein Verlag, 359 Seiten, Leinen 16,80 DM)

WIE WERDE ICH EINE JUNGE DAME? Darüber plaudert Margret Tietgen-Simon in ihrem Modebuch. Sie gibt Tipps, wie man zu jeder Zeit immer passend angezogen ist, wie sich eine junge Dame pflegt und viele Dinge mehr, die zu einer unaufdringlichen Eleganz gehören. Der sehr charmante und unterhaltende Text wird von flotten Zeichnungen illustriert. Alles in allem ein praktisches Buch, das in den Bücherschrank jeder angehenden Dame gehört.

(Mein Modebuch von Margret Tietgen-Simon, Arena-Verlag, 111 Seiten, 9,80 DM)

Fernsehspiel von



Christian Geißler

Als Christian Geißler am 15. Februar 1962 sein Fernsehspiel „Die Anfrage“ zeigte, hatte er eine einfache Fabel: die Rückkehr eines Emigranten der Hitlerzeit, der in Deutschland nach dem Schicksal eines Juden forschte.

Jetzt, am 14. Februar 1963, die Deutschen stehen mitten im Karneval, will er sie an eine düstere Gegenwart mit Blick in eine hoffnungslose Zukunft ermahnen. Mit seinem neuen Stück „Schlachtvieh“ will Christian Geißler die Tatbestände zeigen, aus denen heraus die großen Katastrophen der Menschheit kommen. Niemand will sie sehen: die Feigheit der Massen, ihr blindes Vertrauen in gottgesetzte Obrigkeiten, denen sie die Sorge um ihr Schicksal überlassen.

Die Funktionäre, die den Menschen immer wieder versichern: Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht! Sei untertän der Obrigkeit! Störe die von Gott gesetzte „höhere Ordnung“ nicht durch deine Zweifel und der Forderung sehen zu wollen, was hinter einer bestimmten Tür geschieht.

Der eigentlichen Handlung voraus ging ein Bildstreifen als symbolischer Auftakt. Er zeigte Schlachtvieh auf der Weide, ruhend und das Gefressene wiederkäuend. Plötzlich nähert sich ein Trupp Schlächter, um das Vieh in den Schlachthof zu treiben. Zeitweise zeigte die Kamera nur die, im Gleichschritt stapfenden und von den herunterhängenden Knüppeln begleiteten Füße der Schlächter. Ein Bild, welches den Zuschauer an marschierende Kolonnen ganz anderer Formationen erinnerte. Welch ein erschreckender Vergleich. Der Beginn des Spieles selbst,

zeigt einen Zug an seinem Ausgangsort. Man sieht ein älteres Ehepaar, zwei Journalisten, der eine hat seine junge Frau, die ein Kind erwartet, bei sich. Weiter einen Fähnrich der Bundeswehr und einen Toningenieur. Dazu kommt das Zupersonal: das Mädchen im Schreibabteil, die Stewardess in der Bar, sowie die Personen der Zugleitung. Nicht zu vergessen ein junger katholischer Geistlicher.

Durch einen Lautsprecher werden die Reisenden begrüßt. Etwas später ertönen aus ihm die geheimnisvollen Worte: „Aktion Friedenskrieg, vierhundertundzwei!“

Es entsteht eine Verwirrung. Dann dämmert ein erstes Verstehen. 402 ist die Nummer des rasenden Zuges, in dem man sitzt. Nun folgt Schlag auf Schlag. Das Telefon ist blockiert. Die hinteren Wagen des Zuges sind für die Reisenden gesperrt. Mit wem fährt man im gleichen Zug? Was verbirgt sich hinter der verschlossenen Tür? Angst und Unruhe kommen auf, nachdem bekannt wird, daß auch die Bremsen versagen. Alles wird zweifelhaft. Der Zuschauer ahnt die Parallele: die Zugführer sind die Politiker, die bedingungsloses Vertrauen fordern, obwohl sie den Zug längst nicht mehr in der Gewalt haben. Der Pfarrer als „Stellvertreter Gottes“, der den Menschen verwehrt, die Tür zu öffnen, um zu sehen wer mit ihnen fährt. Eine beklemmende Gestalt der Vertretung der Kirche.

Hier ist die Frage des Schicksals der Menschheit gestellt. Die Frage nach der Verantwortungsfähigkeit der re-

zierenden Gewalten. Hier ist die große Anklage, die gegen die römische Kirche und diesen Priestervertreter erhoben wird.

Was aber tut das Volk? Es verdrängt seine Angst, indem es in den Speisesaal des Wirtschaftswunders drängt, tafelt, zecht und zu Schallplattenmusik tanzt. Schließlich spielt es das makabre Gesellschaftsspiel „Schlachtvieh“. Jeder der Fahrgäste versucht mimisch das Schlachten eines Tieres darzustellen. Der Letzte endlich begnügt sich nicht mit Tieren. Er schlachtet Menschen durch die mimische Darstellung eines Fliegerangriffes.

Doch alles geht noch einmal gut. Das Personal hat den Zug wieder in seine Gewalt bekommen. Der Ziel-Bahnhof wird erreicht. Die Fahrgäste steigen aus und entfernen sich in Richtung einer dunklen Stadt.

Nun öffnet sich auch der verschlossene Wagen am Ende des Zuges. Ihm entsteigen die eingangs gezeigten Schlächter des Viehes. Die Szene blendet wieder über zu den Kühen und Ochsen, die sich auf dem Wege zum Schlachthof befinden.

Ein beklemmendes aber notwendiges Fernsehspiel. Der Schrei der Mahnung ist nicht zu überhören.

Für die Aufnahmen verweigerte die Deutsche Bundesbahn die Benutzung ihrer Anlagen und Einrichtungen. Dankenswerterweise stellte sie die Dänische Staatsbahn zur Verfügung. Offenbar ist es in der Bundesrepublik nicht gern gesehen, wenn dem Volk gezeigt wird wohin die Fahrt gehen kann.

MARSCH WEST
Karsamstag

8.30 Uhr Eröffnungskundgebung in Duisburg (Burgplatz). Abmarsch 9.00 Uhr. 18.30 Uhr Kundgebung in Essen (Gildenplatz), anschließend Ostermarschveranstaltung.

NEIN ZUR BOMBE JA ZUR DEMOKRATIE

MARSCH WEST
Ostersonntag
10.00 Uhr Gottesdienst, Abmarsch 11.00 Uhr aus Essen (Gildenplatz). 19.30 Uhr in Bochum (Buddenbergplatz) Kundgebung, anschließend bunte Ostermarschveranstaltung.

MARSCH WEST
Ostermontag

10.00 Uhr Gottesdienst, Abmarsch 11.00 Uhr Buddenbergplatz in Bochum. Abschlußkundgebung: 19.00 Uhr auf dem Marktplatz in Dortmund.



MARSCH SÜDWEST

1. Säule: Nürtingen — Untertürkheim (1. Tag), 2. Säule: Göppingen — Untertürkheim (1. Tag). Beide Säulen am 2. Tag Untertürkheim — Stuttgart. Abschlußkundgebung auf dem Schillerplatz.



MARSCH MITTE

1. Säule: Hanau — Frankfurt, 2. Säule: Mannheim — Ludwigshafen — Worms (1. Tag), Worms — Mainz — Rüsselsheim (2. Tag), Rüsselsheim — Frankfurt (3. Tag)

MARSCH MITTE

3. Säule: Darmstadt — Mörfelden (1. Tag), Mörfelden — Offenbach (2. Tag), Offenbach — Frankfurt (3. Tag). Abschlußkundgebung auf dem Römerberg.



MARSCH NORD
1. Säule: Bergen-Hohne — Bremen
2. Säule: Braunschweig — Salzgitter (1. Tag), Salzgitter — Ochtersum (2. Tag), Ochtersum — Hannover (3. Tag). Abschlußkundgebung auf dem Lindener Markt.

MARSCH NORD

3. Säule: Gegen 6.30 Uhr fährt ein Bus an die deutsche-dänische Grenze. Geplant ist dort eine Veranstaltung mit Dänen und Schweden.

KEINE ATOM WAFFEN AUF DEUTSCHEM BODEN



atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa



MARSCH NORD

Die anderen Teilnehmer fahren um 9.30 Uhr ab Hamburg. Nach Ankunft in Kiel eine Veranstaltung, Marsch durch die Stadt und Abschlußkundgebung. Um 16.30 Uhr mit Bussen nach Neumünster.



MARSCH NORD

Nach einem 2-Stunden-Marsch geht es gegen 19.00 Uhr nach Elmshorn. Fackelzug. (1. Tag), Elmshorn — Uetersen — Pinneberg — Eidelstedt (2. Tag), Eidelstedt — Legienplatz. Gegen 17.00 Uhr Abschlußkundgebung.

MARSCH SÜD

1. Säule: Pegnitz — Giebelsdorf (1. Tag), Giebelsdorf — Lauf (2. Tag), Lauf — München (3. Tag). 2. Säule: Fürstenfeldbruck — Dachau — München



F

R

O

H

E

O

S

T

E

R

N

Bonner Rom-Export: Zensoren?

In diesen Tagen lief in Italien ein Film an, den wir sehr wahrscheinlich nicht in unseren Filmtheatern sehen werden, obwohl über ihn auch bei uns heftige Auseinandersetzungen geführt wurden. Unser Italien-Korrespondent Sergio Pantini berichtet aus Rom:

Kein Film der letzten Jahre hat soviel Diskussionen ausgelöst wie „Le 4 giornate di Napoli“ (Die vier Tage von Neapel). Dieser Film schildert die letzten vier Tage Naziherrschaft über diese Stadt. Den Kampf ihrer Menschen um ihre Freiheit. Den Terror der hitlerischen Truppen, deren Niederlage schon besiegelt war.

Was hier schockiert hat, war das rüde Echo aus der Bundesrepublik auf diesen Film. Der westdeutsche Botschafter in Rom, Herr Dr. Klaiber, beeilte sich, einen öffentlichen Protest anzubringen. Es wurde bekannt, daß eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten „aus Protest“ ihre geplante Italien-Reise absagte. Und in unseren Zeitungen wurden westdeutsche Äußerungen gegen den Film wiedergegeben, die einfach empörend sind. Man fragt sich, woher westdeutsche Kreise die Dreistigkeit nehmen, sich Zensor-Rechte über unsere Filmschaffenden anzumaßen? Oder ob sie die Schandtaten der hitlerischen Armeen nachträglich ausdauern möchten? Besonders empörend aber sind jene Tricks, mit denen man Stimmung machen will. Man sagt einfach, der Film sei „deutschfeindlich“, er schädige das „deutsche Ansehen“. Wenn man dieser seltsamen Logik folgt, wird man wahrscheinlich auch Kritik an der Gestapo bald als „deutschfeindlich“ hinstellen. Und wird das deutsche Ansehen nicht in Wirklichkeit dadurch geschädigt, daß immer noch führende Diener Hitlers hohe Positionen innehaben?



de Sica - für uns tabu?

Im Januar sollte der Start sein. Aber die leitenden Männer des Filmverleihs erstarren zu Fragezeichen, wenn man sie fragt, wann denn nun die deutsche Erstaufführung sein wird.

Es geht um de Sicas neuesten Film „Die Eingeschlossenen von Altona“, die er frei nach dem Bühnenstück von Jean Paul Sartre drehte. Schon während der Außenaufnahmen, die zum Teil in Hamburg und Berlin gedreht wurden, begann eine gezielte Pressekampagne gegen diesen Film. Führend im Chor der Schreier: Springers „Mauer-Stürmer“ BILD. Denn: Furchtbares hatte dieser de Sica verbrochen. Er war mit seiner Hauptdarstellerin Sophia Loren nach Ostberlin in Brechts „Berliner Ensemble“ gefahren und hatte dort einige Szenen abgedreht. Das kam — laut BILD — fast einem Aufnahme such in die SED gleich.

Im Januar sollte der Start sein. Aber die leitenden Männer des Filmverleihs erstarren zu Fragezeichen, wenn man sie fragt, wann denn nun die (west-)deutsche Erstaufführung sein wird. MERKE: So frei sind hier die Bräuche. B. N.



Beim Brecht-Ensemble in (Ost-)Berlin: Sophia Loren

Vittorio de Sica bei der Probe: Kein Film für freie Bundesbürger?



Ein Affe im Winter

Eine kleine Hafenstadt an der Küste der Normandie. Da ist der alte Quentin, früher ein wackerer Zecher, der heute keinen Tropfen mehr anrührt. Der junge Fouquet (Bild oben). Und die kleine Marie, die auf ihren Vater wartet. Plötzlich wird das behäbige Provinznest aus seiner Ruhe aufgeschreckt. Aus dem seriösen Hotelier wird wieder ein Haudegen (Bild rechts), der alles auf den Kopf stellt. Aber was soll man lange erzählen? Sehen Sie sich den Film selbst an. Wirklich eine Paraderolle für Jean Gabin (Bild rechts), der sich in diesem Film des Regisseurs Henri Verneuil nach Herzenslust entfalten kann.

FOTO: DEUTSCHE FOX



ZUR INFORMATION: Der SED-Vorsitzende Ulbricht wählte als Forum für die Verkündung seiner „7 Vorschläge des guten Willens“ den VI. Parteitag. Nach seinen eigenen Worten sind sie als Diskussionsgrundlage gedacht. Wörtlich sagte er: „Wir sind selbstverständlich bereit, auch über westdeutsche Vorschläge, die den gleichen Zielen dienen, zu verhandeln.“ Die Anwesenheit Chruschtschows, Gomulkas und weiterer führender kommunistischer Staatsmänner sowie das nachdrückliche Bekenntnis zur Koexistenz verschafften diesem Parteitag eine starke Resonanz auch in der westlichen Presse. Ulbrichts 7-Punkte-Offerte wurde von ihr gewertet als Kompromiß- und Gesprächsbereitschaft der DDR. Grundtenor dieses Vorschlages ist die gegenseitige Anerkennung und Respektierung, der Verzicht auf Gewaltanwendung und Aufrüstung, sowie Verhandlungen über menschliche, kulturelle, sportliche und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR.

Ein Leserbrief-Hagel = das Echo auf Ulbrichts 7-Punkte-Vorschlag, den wir zur Diskussion stellten. Besten Dank! Und Verzeihung, wenn Ihr Brief heute noch nicht dabei ist. e l a n - Garantie: Jeder Standpunkt kommt zu Wort!

GERMANY WO HIN

Adenauer und Ulbricht an einen Tisch?

Welchen Weg soll eigentlich das geteilte Deutschland gehen? Über diese Frage diskutierte ich unlängst mit einer Gruppe von Oberschülern. Die offene, frei von Schlag- und Schimpfworten geführte Aussprache zeigte, daß sie viele mit der Frage zusammenhängende Erscheinungen anders beurteilten als ich. Trotzdem waren wir uns am Ende völlig darüber einig, daß eine Lösung der deutschen Probleme mittels Gewalt unbedingt verhindert werden müsse.

Ich denke, daß diese Einstellung typisch ist für die meisten Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Wie auch immer sie zu der einen oder der anderen Seite stehen, sie wünschen nichts sehnlicher, als eine friedliche Regelung der innerdeutschen Streitfragen. Wie aber kann das geschehen?

Voraussetzung für eine befriedigende Antwort ist die Anerkennung der Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Ihre Wiedervereinigung ist auf unabsehbare Zeit nicht möglich. Selbst Dr. Mende von der FDP hat die Einheit Deutschlands als das Ende eines langen geschichtlichen Prozesses bezeichnet. Diese beiden Staaten können sich weder beseitigen, noch kann der eine den anderen schlucken. Solche Absichten und Versuche bedeuten Krieg. Das alles heißt also: Nicht aus der Spaltung an sich, so bedauerlich sie ist, kommen unsere Probleme, sondern aus der Weigerung, das Ergebnis dieser Spaltung, nämlich die beiden deutschen Staaten, zur Kenntnis zu nehmen. Solange die Regierung der Bundesrepublik die Existenz der DDR leugnet, solange sie Verhandlungen ablehnt, aufrüstet, und gleichzeitig von der „Befreiung“ der „Ostzone“ spricht, solange wird auch der unfriedliche, gefährliche Zustand in Deutschland andauern. Dreizehn Jahre Politik der Stärke beweisen das eindeutig. Sie hat keine Erfolge gebracht, sondern nur die Spannungen verschärft.

Welche Möglichkeiten gibt es also um den Frieden in Deutschland zu erhalten? Auf dem VI. Parteitag der SED, die nun einmal die bestimmende Kraft in der DDR ist, hat Walter Ulbricht seine „7 Vorschläge des guten Willens“ als Antwort gegeben. Prüft man sie, frei von Vorurteilen und Illusionen, so gibt es zumindest keinen Einwand dagegen, daß sie eine Verhandlungsgrundlage darstellen könnten. Inzwischen hat auch Bundeskanzler Adenauer seine Regierungserklärung verlesen. Er fand zwar schöne aber nichtssagende Worte für die „Landsleute“ in der Zone, hat aber keine Vorschläge für eine Entspannung und friedliche Regelung der deutschen Verhältnisse gemacht. Im Gegenteil, er bietet immer noch das Rezept der militärischen Stärke an. Er fordert die volle Mitverantwortung an der nuklearen Abschreckungsmacht der NATO, eine weitere Verstärkung der herkömmlichen Rüstung, Notstandsgesetze und Verstärkung der Polizei und des Grenzschutzes. Kann man aus solchen Vorstellungen ernsthaft den Willen zum Frieden und zur Verständigung herauslesen? Ist das nicht die alte Haltung des „alles oder nichts“, die Deutschland schon zweimal in einen Weltkrieg geführt hat? Mit Vernunft hat das nichts mehr zu tun.

Vernünftig und realistisch scheint mir der FDP-Abgeordnete Dr. Achenbach zu sein, der vor einigen Tagen eine Friedenskonferenz unter Teilnahme der DDR und der Bundesrepublik sowie eigene Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage forderte. Es ist sicher nicht notwendig, daß Adenauer und Ulbricht einen Bruderkuß tauschen. Was aber notwendig und auch möglich ist, haben Kennedy und Chruschtschow während der Kubakrise demonstriert. Keiner konnte den anderen aus der Welt schaffen ohne sich selbst zu vernichten. Sie verhandelten also miteinander, schlossen einen fairen Kompromiß und retteten so den Frieden.

Ist das nicht auch das richtige Rezept für uns? Können und müssen nicht auch Verantwortliche aus beiden Teilen Deutschlands miteinander reden, sachlich verhandeln und, ohne ihre wirtschaftliche und gesellschaftlichen Vorstellungen preiszugeben, nach Wegen suchen, wie man das Verhältnis normal und friedlich gestalten kann?

Eine andere Möglichkeit gibt es einfach nicht. Wie das im einzelnen erreicht werden kann, darüber muß man diskutieren. Keiner sollte sich darum scheuen seine Gedanken zur Diskussion beizutragen. Schließlich wollen wir alle den Frieden.

BERNHARD JENDREJEWSKI

Ehrliche Vorschläge

„Die sieben Vorschläge des guten Willens der Regierung der DDR bilden eine reale und ehrliche Verhandlungsgrundlage. Warum? Weil jeder Bürger bei uns sie mit ruhigem Gewissen bejahen kann, denn bei Annahme solcher Vorschläge wäre für uns alle der Krieg wenigstens in Deutschland ausgeschaltet. Das hieße, für den arbeitenden Menschen beständige und friedliche Arbeit, aber auch den Besitzenden würde kein Haar gekrümmt...“

Klaus Schulka, Düsseldorf-Benrath, Sültenstraße 4

Eisbrecher

„Die ‚Zeit‘ bringt am 8. 2. den Appell von Jewgenij Jewtuschenko ‚Laßt uns das Eis brechen‘ (zum Teufel nochmal!). Er macht den Vorschlag, eine Goethe- und Puschkin-Gesellschaft zu gründen. Tun wir das!“

Prof. Wilhelm Hübötter, Hannover-Kirchrode, Tessenow Weg 5

Mauer-Show reicht nicht

... ist niemand damit gedient, allem, was von der anderen Seite kommt, ein entschiedenes ‚Non‘ entgegenzusetzen und als östlich Propaganda ad acta zu legen. Mit Feiern und Mauerbesichtigungen kann man das deutsche Problem nicht lösen.“

Eberhard Neumayer, Rheinfelden, Blauenstraße 16

Alles Propaganda

„Alles Propaganda. Die Kommunisten wollen doch bloß die Welt erobern und sind an einer Verständigung nicht interessiert. Wenn es mal so scheint als wären sie es, dann waren es auch nur üble Tricks, die in ihren späteren Verhandlungen verdampften.“

Mein Vorschlag, Ulbricht muß weg und dann freie Wahlen. Nur so kann sich die deutsche Frage lösen lassen. Alles andere wären Hirngespinnste.“

Jürgen Roland, 19, Dreher, Hamburg

In Bonn: Angst?

„Da ich Ostern mein Studium beende, befürworte ich besonders Vorschlag 6 (Herstellung normaler sportlicher und kultureller Beziehungen, Verzicht auf gegenseitige Diskriminierung). Zuerst muß die Jugend zusammenfinden, um damit den Politikern zu zeigen, daß eine Einigung möglich ist, wenn sie von beiden Seiten angestrebt wird. Daß Ulbricht sie anstrebt, zeigt er mit seinen Vorschlägen. Warum nimmt unsere Regierung sie nicht an? Wovon hat sie Angst?“

Siggi Probst, 19, Dirls Schmiede Rothmann

Napoleon-Illusionen

Traurig finde ich es, daß diese 7 Punkte, wie schon so viele Vorschläge guten Willens, die von drüben kamen, überhaupt nicht beachtet werden. Sie zu akzeptieren und zu beantworten, wäre nicht bloß politische Anstandspflicht, sondern ein bedeutender erster Schritt, den Kalten Krieg zu überwinden, ja sogar ein merklicher Beitrag zur Entspannung der weltpolitischen Lage.

zu 1) Warum kann die BR die DDR nicht „respektieren“? Faktisch geschieht es, weil unvermeidlich, schon lange. Es wird ja die staatsrechtliche Anerkennung gar nicht verlangt, geschweige die Bejahung des anderen Systems.

zu 2) Die innerdeutschen Grenzen, ein beschämendes Zeichen deutschen Brudersstreits, wenn auch zuerst ohne unsern Willen gezogen, bald verschwinden zu sehen, ist ein unrealistischer Traum. Aber warum sind sie seit 15 Jahren immer dichter statt lockerer geworden?

Die Grenzen zum Ausland ändern zu wollen, könnte nur in einem totalen Vernichtungskrieg versucht werden. Warum wird diese Binsenwahrheit nicht offiziell zugegeben? und warum will man nicht durch Fixierung dieser Grenzen das Verhältnis gegenüber Osteuropa bessern?

zu 3) In der ganzen Welt erwartet man diesen lebenserhaltenden Verzicht zuerst vom deutschen Volk, vor dem so viele Angst haben. Warum ist nur die DDR zu diesem Schritt bereit?

zu 4) Ebenso ist es hier. Warum wird in Bonn das Wort „Abrüstung“ klein geschrieben, und, weil das Gegenteil Trumpf ist, dieser Begriff stets nur sehr kritisch erwähnt?

zu 5) Ein wunder Punkt. Ich habe seit Jahren auch in der DDR deren Politik der Grenzschließung, die gewiß nicht unbegründet ist, bedauert. Aber warum werden in der BR (deren Kritik uns zuerst obliegt!) a) so viele aus der DDR Einreisende als gefährliche „Funktionäre“ festgenommen, b) so viele in die DDR reisende Bundesbürger an der Grenze schikaniert, und c) nicht alle Schritte getan, um die beiderseitige Sperre des Mißtrauens abzubauen, und den Verkehr hin und her wieder zu fördern?

zu 6) Kontakte auf vielen Gebieten sind so selbstverständlich und notwendig, daß sie trotz allem noch nicht aufgehört haben. Aber warum tut unsere Regierung so viel, was diesen Austausch bremsen und erschwert?

zu 7) Das wäre für beide Seiten nur vorteilhaft und eine Hilfe zur Befriedung! Aber warum geht es leichter bei uns, einen Handelsvertrag mit einem innerafrikanischen Volk zu schließen als mit dem anderen deutschen Staat jenseits der Elbe? Bloß weil man dort andere politische Auffassungen und Einrichtungen hat? Aber dies spielt doch in anderen Fällen auch keine Rolle! — Ach, ein allseitiger Friedensvertrag könnte alles ordnen und Ruhe bringen!

Ich begrüße es, daß hier im ELAN diese Rundfrage anläuft, und gab gern meine Ansicht kund. Alle „warum?“ in meinen 7 Äußerungen haben leider die gleiche Antwort: weil man den Kalten Krieg weiterhin will. Wohin, Germany? Es besteht immer noch die Alternative: Schießen oder Verhandeln!

Pfr. W. Heintzeler, Stuttgart-Zazenhausen

Jede Partei erlaubt?

„Ich stelle mir die echte Freiheit so vor, daß nur der zur Bundeswehr braucht, der es

will, daß keinem irgendein Zwang aufgelegt ist. Weiter meine ich, daß jede Partei erlaubt sein muß. Als echten Beitrag zur deutschen Frage stelle ich mir die 7 Vorschläge des guten Willens vor. Man sollte sie prüfen. In 20 Jahren werden wir einen höheren Lebensstandard haben. Ich hoffe, daß ich dann selbständiger Schlachtermeister bin.“

Holger Sydow, 18, Schlachterlehrling

Ulbricht beim Wort nehmen

„Ich bin der Meinung, daß diese Vorschläge (Ulbrichts) unbedingt geprüft werden müssen. Mir ist unverständlich, daß die Bundesregierung nicht sofort mit eigenen (besseren?) Vorschlägen geantwortet hat. Ist es der Regierung der DDR ernst, kommt nur Gutes dabei heraus. Ist es nur Propaganda, weiß die deutsche Bevölkerung, woran sie ist.“

J. Haslbeck, Hbg.-Rahlstedt, Schönebergerstraße 66 d

Endlich: Verhandeln

... Aber Verhandlungen müssen doch endlich zustande kommen, darum halte ich diesen 7-Punkte-Vorschlag für eine vernünftige Verhandlungsgrundlage zwischen den beiden deutschen Staaten. Und ich glaube, wenn man sich einigen könnte über diesen Vorschlag, dann würde auch der errichtete Schutzwall in Berlin verschwinden.“

Hanni Warnke, Hamburg, Habichtstraße 61

Kopfschütteln

„Die reale Einschätzung der politischen Lage beider deutschen Staaten und die konstruktiven Pläne für eine Erleichterung des Zusammenlebens, wodurch eine Annäherung der Deutschen zustande käme, seitens der DDR überraschen mich immer wieder. Betrachtet man dagegen die neueste Regierungserklärung des Bundeskanzlers, so kann man nur den Kopf schütteln über deren floskelhaften und nichtssagenden Inhalt. (Langweilig wäre wirklich geschmeichelt ausgedrückt).“

Wandala Mainka, Schülerin, Oberhausen-Sterkrade, Neugahlenstraße 53

Für Gespräche

„Ich kann den 7 Vorschlägen der DDR-Regierung nur vorbehaltlos zustimmen, da sie den einzigen Weg darstellen, auf dem man mit friedlichen Mitteln der deutschen Wiedervereinigung wenigstens näher kommen kann. Dazu gehört aber auch, daß der derzeitige vernunftwidrige Zustand der Teilung Berlins beseitigt wird. Als Preis für die internationale Anerkennung der DDR als gleichberechtigten Staat und Verzicht auf die Hallsteindoktrin durch die Bundesregierung muß die DDR damit einverstanden sein, daß Gesamtberlin unter UNO-Schutz neutralisiert wird, wobei die Großmächte und die beiden deutschen Teilstaaten die Unabhängigkeit der Stadt zu garantieren hätten. Die getrennte Verwaltung der beiden Stadtteile muß auch nach der Entfernung der Mauer für eine Übergangszeit aufrecht erhalten werden, aber mit der Tendenz, in gemeinsam beratenden Kommissionen unter

vermittelnder Wirksamkeit der UNO-Schutzbehörde ein wirtschaftliches und soziales System zu erarbeiten, auf Grund dessen schließlich eine einheitliche Verwaltung für die Stadt eingeführt werden kann. Die beste Sicherung für die Stadt läge darin, sie zur UNO-Hauptstadt zu kreieren, da der Sitz der UNO weder nach New York noch nach Moskau sondern an die Berührungslinie der zwei gegensätzlichen Wirtschaftssysteme gehört.“

Dr. Friedrich Müller, Verwaltungsgerichtspräsident i. R., Wiesbaden

Diskussionswert

„Wenn die Bundesregierung keine Vorschläge macht, sind für mich die Vorschläge Walter Ulbrichts gut und diskussionswert. Denn man darf die Gefährlichkeit der Lage, in der wir uns heute befinden, nicht unterschätzen.“

Karl-Heinz Böhm, Solingen, Schützenstraße 117

Kommunistische Interessen?

„Untersuchen wir jeden Punkt unter dieser Fragestellung: 1. Der Krieg muß als Mittel der Gewalt aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft ausgeschaltet werden. Dies sind Forderungen des DGB und vieler Organisationen. Also: der Wunsch des ganzen deutschen Volkes!“

2. Respektierung der Grenzen beider deutscher Staaten, d. h. nicht unbedingt die Anerkennung der DDR, was meiner Meinung nach auch notwendig ist, aber keine Voraussetzung für das friedliche Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten. Sind das nicht die Forderungen der Laientheologen, vieler Persönlichkeiten und des ganzen deutschen Volkes?

3. Verzicht auf atomare Bewaffnung. Zeigt nicht die starke Ostermarschbewegung in Deutschland und der ganzen Welt, daß auch diese Forderung, dieser Vorschlag den Lebensinteressen und nicht nur der Kommunisten entspricht?

4. Rüstungsstopp — Garantie für soziale „Aufrüstung“. Natürlich der Traum und der Wunsch der Gesamtbevölkerung!

5. Normalisierung des Reiseverkehrs und Gleichberechtigung der DDR und BRD-Bürger im In- und Ausland — einer Grundvoraussetzung jeglicher Toleranz, die ebenfalls den Lebensinteressen des gesamten Volkes entspricht.

6. Herstellung normaler Beziehungen auf den Gebieten des Sports, der Kultur usw. — ist Verständigung mit den Bürgern des eigenen Volkes etwas Kommunistisches?

7. Handelsverträge sind ebenfalls Grundbedingungen für die gegenseitige Annäherung.“

Horst Neumann, Düsseldorf, Kaiserswertherstraße 190

Regierungsgeschenke

„Die Regierung Bonn will uns viel schenken: Notverordnung, Krankenkassenreform usw., einen ganzen Sack voll. Genau so war es auch bei all den anderen deutschen Regierungen. Also hilft hier wohl kein weinen und laufen, sondern kämpfen. Bonn soll verhandeln.“

Walter Fichtner, Hamburg-Finkenwerder

Im Münchner Vorort Schwabing, den zahllose namhafte Künstler und Maler zu ihrem Stammsitz erkoren, blüht seit Jahren ein Pflänzchen im Verborgenen. ROLF SEELIGER berichtet über dieses interessante Experiment:

Komma-Klub

Der Komma-Klub, nun zehn Jahre alt, hat sich vom Schwabinger Gewächs zu einer über München hinaus beachteten Literaturplantage entwickelt, auf der gepflanzt, gedüngt, Unkraut gerupft und experimentiert wird. In Scharen kommen Studenten, Künstler, Kritiker, Literaturfreunde und zornige junge Leute zu den öffentlichen Leseabenden und Diskussionen im Theatersaal einer Schwabinger Bierwirtschaft. Hier treffen sich Autoren aus allen Himmelsrichtungen, die gerade in München Station machen. Hier treffen sich auf der Suche nach Autorentalenten Verleger, die der Lesung lauschen und übers Bierglas blinzeln, um die unverstellte Reaktion des Publikums zu erkunden.

Ohne Grenzen und Tabus

Die Programmgestalter des Komma-Klubs vertreten kein literarisches Programm und kennen keine Abgrenzung — im Gegenteil: Sie wollen Grenzen überspringen, Vorurteile beseitigen und ein Forum schaffen, das ohne dogmatische Festlegung die verschiedenen Seiten künstlerischer Weltbetrachtung zur Diskussion stellt. Beispielsweise: Im Komma-Klub erregte man sich über Christian Geisslers romanhafte „Anfrage“ an die Generation der Väter, die das Dritte Reich geduldet haben und sich heute in Schweigen retten. Martin Walser pickte Rosinen aus seinem gesellschaftskritischen Romanwäzler „Halbzeit“. Forestier, der verschollene Fremdenlegionär und meistgelesene Nachkriegslyriker, trat als Karl Emerich Krämer aus dem Gespinnst der Legende und las „Nur der Wind weiß meinen Namen“.

Auch literarische Themen wurden abgesteckt: Man redete sich die Köpfe heiß über Science Fiction, Brecht, Jazz und Lyrik, Garcia Lorca, Kriminalroman und Kinderbuchliteratur, man erlebte polnische und deutsche Experimentalfilme und lud Schwabinger Maler ein, ihre Bilder an die Wände zu hängen.

Mit DDR-Literaten

Aus der Tatsache, daß sich in München gelegentlich auch DDR-Autoren unter die Leselampe setzen durften und dürfen, wurde von mancher Seite ein Vorwurf gedreht, meist von Leuten, die den Komma-Klub nie besucht haben. Stürmische Diskussionen

erregten im Komma-Klub die Lesungen der Ostberliner Autoren Manfred Biele, Johannes Bobrowski, der 1962 den Preis der Gruppe 47 erhielt, Stephan Hermlin, Heinz Kahlau, Günter Kunert, Erwin Strittmatter und Paul Wiens.

Wer die Programmgestalter des Komma-Klubs fragt, ob nicht derartige Veranstaltungen ein Wagnis sind, bekommt die Frage zurück: Ist die Freiheit dieses Wagnis nicht wert?

Übrigens ist der Komma-Klub auch ein Ort der Begegnung, an dem mancher alte Herr der deutschen Literatur mit der jungen Generation freundschaftlich Umgang pflegt. Hier konnte man die unterdessen verstorbenen Autoren Leonhard Frank und Hans José Rehfish, die produktiven Unruhigen der goldenen Zwanziger, die ihre Unruhe bis ins Alter bewahrt hatten, noch in ihren letzten Lebensjahren treffen. Hier stellte Rehfish sein letztes Dramenwerk, das Atomstück „Jenseits der Angst“, das erst nach seinem Tod in Braunschweig uraufgeführt wurde, zur Diskussion.

Die Toten nicht vergessen

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, daß der Komma-Klub ab und zu seine aktuelle „Litterazzia“ unterbricht, um Autoren, die zu Unrecht vergessen scheinen, aus der Vergangenheit zu holen: Ein Gedekabend war dem Dramatiker Ferdinand Bruckner, dessen demaskierende Zeitkritik vor 1933 Franz Theodor Csokor in einem Vortrag umriß, ein anderer Abend dem Gedächtnis Klaus Manns gewidmet. Während Erika Mann Briefe aus dem Freundeskreis ihres Bruders las, trugen Therese Giehse und Ernst Gimsberg aus seinen mit wüdem Herzen und bitteren Erfahrungen geschriebenen Werken vor, wobei Passagen aus dem in der Bundesrepublik immer noch nicht erschienenen Schlüsselroman einer Nazikarriere „Mephisto“ (1936) eine kleine Sensation bedeuteten.

Ob lebende oder tote Autoren — der Komma-Klub versucht, Vergangenheit und Gegenwart zu konfrontieren und das Damals und Heute mit jenem bescheidenen Satzzeichen, nach dem er sich nennt, zu verbinden: KOMMA heißt, daß der Satz nicht zu Ende ist...

ROLF SEELIGER

Das Publikum — Diskutierer mit und ohne Bart nehmen kein Blatt vor den Mund.



Viele verstehen unter Kosmetik das Anmalen mit Lippen- und Augenbrauenstift und rennen hinterher herum wie ein Indianer mit Kriegsbemalung. Kosmetik ist auch nicht allein die tägliche Pflege des Gesichtes, sondern umfaßt ebenfalls die gesamte Körperpflege, die zu einem frischen Aussehen und Gefühl nun einmal gehört. Die beste Kosmetik ist eine gesunde Ernährung (Obst, Milch, Gemüse). Rauchen, Alkohol und scharfe Gewürze sind Gift für die Haut. Für die tägliche Körperpflege muß man sich wohl oder übel etwas Zeit nehmen. Ein zu müde dürfte es nicht geben.

Nun speziell zum Make-up. Es ist wichtig, zuerst einmal festzustellen, ob man eine trockene oder eine fettige Haut besitzt. Fettige Haut ist blaß und groß-



porig. Sie neigt zu Unreinheiten und erfordert gute Pflege und Durchblutung. Fettige Haut mußte öfter mit einem alkoholhaltigen Gesichtswasser gereinigt werden. Die trockene Haut ist zwar gut durchblutet, sie spannt aber gern und schält sich leicht. Trockene Haut braucht fetthaltige Creme, die aber nicht nachts aufgetragen werden darf, weil nachts die Haut atmen muß. Gesichtsmilch oder Öl zu benutzen ist am angebrachten.



Bevor ein Make-up aufgetragen wird, muß die Haut durch eine leichte Fettschicht geschützt werden. Make-up hat den Sinn, schöner zu machen, kleine Fehler zu korrigieren oder Vorzüge hervorzuheben. Es ist falsch, durch Schminken zu versuchen, ein anderer Typ zu werden. Das Make-up soll die persönliche Note unterstreichen. Zu dem täglichen Make-up darf nur das Betonen der Lippen und Augenbrauen gehören und bei blassen Typen ein leichtes Wangenrot. Die Augenbrauen können durch das Auszupfen absteherender Härchen korrigiert werden. Aber nicht zu viel, der natürliche Schwung ist immer am schönsten. Die Augen sollte man nur zu festlichen Anlässen schminken. Am Tage wirkt so etwas gewöhnlich und macht alt.

Unerlässlich ist das tägliche Abschminken. Ein Kamille-Dampfbad einmal in der Woche tut jeder Haut gut und reinigt alle durch Puder und Cremes verstopften Poren.

Jewgenij Jewtuschenko, zur Zeit der prominenteste Jung-Poet der Sowjetunion, ist nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in der Bundesrepublik nach Paris weitergereist. Unsere Korrespondentin ANGELIKA SCHNEIDER berichtet aus München von einer

Jagd auf JJ



Eine geschlagene Stunde stehe ich hier. Eisige Kälte zieht mir durch den Körper. Um mich sind etwa 200 Menschen, zum größten Teil Jugendliche, die auch schon lange hier stehen und ebenso frieren wie ich. Ein schwacher Trost.

Wir sind hierher gekommen, um den berühmten russischen Lyriker Jewgenij Jewtuschenko zu sehen und zu hören. Auf seiner Reise durch die Bundesrepublik hat er auch in München Station gemacht. Heute — Montag, 21. 1. 63, 18.00 Uhr — trägt er hier im Sophiensaal, der ca. 600 Personen faßt, seine Gedichte vor und uns alle hält die Hoffnung aufrecht, noch eine Eintrittskarte zu erhalten. Es scheint aber aussichtslos! Was habe ich in den letzten 14 Tagen nicht alles unternommen, um zu einer Karte zu gelangen. Dem Fräulein an der Verkaufsstelle am Stachus bin ich sicher schon auf den Wecker gefallen mit meinem ewigen Kommen und Fragen. Doch alles vergebens. Es blieb mir nichts anderes übrig, als ohne Karte heute hier zu erscheinen und mein ‚Glück‘ so zu versuchen.

Kalte Ohren



Polizeischutz



Während eine meiner Freundinnen mir vom Empfang Jewtuschenkos bei Ursula Herking erzählt — die Atmosphäre soll dort sehr steif und gekünstelt gewesen sein — sind wir von der dauernden Bewegung in der Menge immer näher zum Eingang gekommen. Ein Polizist fordert uns — nicht gerade zart — auf, die Karten vorzuzeigen. Da ich nichts vorzuweisen habe, schiebt mich der Polizist mit Hilfe eines zweiten in Richtung Ausgang. Sicher habe ich es meiner kleinen Gestalt zu verdanken, daß ich mich der Obhut der Polizisten entziehen kann und ich verdrücke mich jetzt in eine Ecke. Auf einer Erhöhung stehend, versuche ich, mir eine gute Sicht über das Publikum zu verschaffen. Dabei stelle ich fest, daß ausschließlich Jugendliche hier im Foyer zusammengedrängt mit empörten Gesichtern nach vorne streben. Die glücklichen Kartenbesitzer sind fast ausschließlich ältere Besucher. Während ich hier stehe, stürzt plötzlich die ganze Menge in die entgegengesetzte Richtung. Doch ehe ich die Lage erfaßt habe, ist Jewtuschenko, begleitet von mehreren Polizisten und zwei Damen hinter einer Tür verschwunden...

Die Forderungen der Jugendlichen, man solle die Rezitation mit Lautsprecher in das Foyer übertragen und es sollten alle Stehplätze belegt werden, blieben gänzlich unbeachtet. Alles, was wir von diesem Abend mitbringen, sind kalte Füße und das große Geheimnis über die Kartenvergabe.

Warum findet eine solche Veranstaltung, die im Zeichen des Kulturaustausches mit dem Osten steht, nicht in einem größeren Saal statt. Warum werden die Karten unter der Hand ausgegeben? Warum steht die Jugend vor verschlossener Tür? Was ist das für ein rätselhafter, erst groß aufzogener und propagierter, dann eingegengter Kulturaustausch?

Über diese Frage entbrannte während des langen Wartens unter der Jugend eine heiße Diskussion.

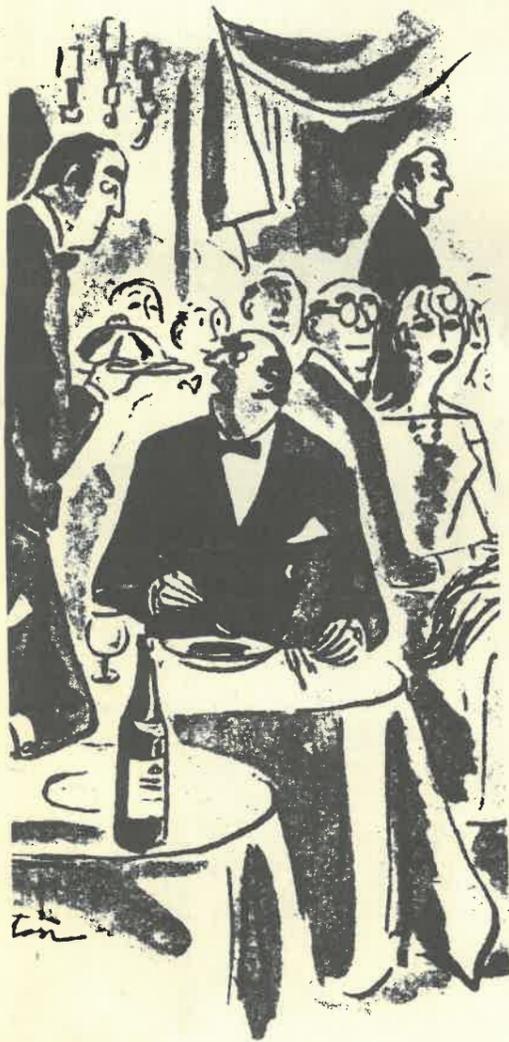
Während ich diesen Bericht schreibe, erhalte ich einen Anruf: „Angelika, warum bist du um 23.00 Uhr weggegangen? Um Mitternacht kam Jewtuschenko ins Foyer und begrüßte die Jugend!“

doch keinen Blick auf Jewtuschenko

Glückliche Eintrittskartenbesitzer (JJ in Tübingen)



Ein Amerikaner in Paris



Seit Don McGuire in Paris ist, weiche ich ungern von seiner Seite, denn sooft wir am Eiffelturm vorbeikommen, fragt er, welche Tageszeit die beste zum Hinunterspringen sei.

Da Mrs. McGuire den Tag in Antiquitätenläden, Museen und Kaufläden zu verbringen pflegt, weiß McGuire unterdessen nichts Rechtes mit sich anzufangen und denkt sich daher allerlei Zeitvertreib aus.

Gestern kamen wir an einem amerikanischen Militärlastwagen vorbei, der vor einer der Dienststellen der US-Army in Paris parkte. Zwei Mann rekelteten sich auf dem Fahrersitz, und ein Militärpolizist stand nahebei. McGuire machte halt, zog Notizblock und Bleistift aus der Tasche und schickte sich an, die Nummer des Lastwagens aufzuschreiben.

„Kann ich etwas für Sie tun, Sir?“ fragte der Militärpolizist, indem er näher kam.

„Das können Sie allerdings“, versetzte McGuire: „Nur den beiden dort sagen, sie sollen ihre Füße vom Armaturenbrett herunternehmen und sitzen, wie sich's für amerikanische Soldaten gehört.“

„Jawohl, Sir!“ sagte der Militärpolizist. Dann wendete er sich an die beiden Männer im Wagen und rief ihnen zu, sie möchten die Füße herunternehmen.

„Entschuldigung, Wachtmeister“, sagte einer der beiden, während sie sich aufrichteten.

„Wer führt diese Einheit?“ fragte McGuire.

Der Militärpolizist buchstabierte den Namen des Leutnants. McGuire schrieb und sagte dann: „Rühren, bitte.“

Der Militärpolizist salutierte, und McGuire wandte sich ab und ging.

„Was machen wir jetzt?“ fragte ich ihn.

„Air France.“

„Wieso Air France?“

„Sehen wir mal, was sich da tut.“

Wir zogen zur Air France, und McGuire trat an den Schalter und sagte, er wolle seine Flugkarte umbuchen lassen. Das Fräulein gab ihm eine Nummer und ersuchte ihn, Platz zu nehmen und zu warten, bis seine Nummer aufgerufen werde. McGuire sagte: „Ich bin Professor McGuire und arbeite an einem Raumfahrtprogramm und habe keine Zeit zu warten, weil wir um 14.30 Uhr einen Versuchskörper hochgehen lassen wollen und für die nächsten vierundzwanzig Stunden von einer Tiefdruckzone mit Wolkenbildung bedroht sind.“

Das Fräulein besprach sich in aller

Eile mit ihrem Chef, und Mr. McGuire wurde gefragt, ob er sofort mit einem Wagen zum Flughafen gebracht werden wolle.

Er müsse sich erst mit der Radarstation ins Benehmen setzen, erwiderte er, aber sie sollten den Wagen bereithalten, er werde mit ihnen in Verbindung bleiben.

„Sie haben ihnen ja nicht mal gesagt, wohin sie wollen“, sagte ich zu McGuire.

„Die müssen mir jetzt in jeder Maschine, die heute startet, einen Platz freihalten!“

Als wir auf die Champs-Élysées hinaus kamen, sahen wir einen amerikanischen Touristen, der gerade dabei war, den Arc de Triomphe zu photographieren. McGuire ging zu ihm hin und sagte: „Darf ich Ihren Paß sehen, mein Herr?“

Der überraschte Tourist zog bereitwillig seinen Paß heraus und zeigte ihn McGuire. McGuire blätterte ihn durch.

„Haben Sie denn eine Genehmigung, von diesem militärischen Bauwerk eine Aufnahme zu machen?“

„Aber ich wußte gar nicht, daß man dazu eine ...“

„Ich hätte nicht übel Lust, Ihren Film zu beschlagnahmen. Aber wenn Sie versprechen, die Aufnahme niemandem zu zeigen, will ich's noch mal durchgehen lassen.“

McGuire gab dem dankbaren Touristen seinen Paß zurück und sagte: „Merken Sie sich: Immer erst fragen!“

Es war nun Zeit zum Mittagessen, und McGuire äußerte Interesse an einem Restaurant, in das man ohne Vorbestellung unmöglich hineinkommt. Er rief das Restaurant an.

„Hier ist Mr. McGuire. Hat der Herzog von Windsor einen Tisch für uns bestellt?“

Pause. „Na gut“, sagte McGuire, „er wollte wohl, daß ich bestelle. Wir sind vier Personen. Und, Käpften, keine Pressephotographen!“

Wir nahmen ein Taxi zu dem Restaurant, und als wir ankamen, fragte McGuire, ob der Herzog schon da sei? Der „Käpften“ verneinte.

„Also“, erklärte McGuire, nachdem wir uns gesetzt hatten, „wir fangen immer schon an.“

Wir speisten, und als wir gingen, sagte McGuire: „Wenn der Herzog kommt, sagen Sie ihm bitte, er möchte bei sich daheim anrufen.“

Und nun steuerte ich McGuire auf den Eiffelturm zu. Falls er nicht springen wollte, war ich entschlossen, ihn zu stoßen.

Aus dem Buch „How Much Is That in Dollars?“

Ostermarsch-Songs: Geh mit uns, Strontium 90 und H-Bombendonner; der Weltuntergangsblues, sowie zwei neue Songs mit Dieter Süverkrüp: Der Deserteur u. Lebe glücklich.

pläne

Preis DM 7,80, Best.-Nr. 3101. Und für DM 2,00 die Bilddokumentation vom Ostermarsch 1962. Bestellen bei:

F. Werkmeister, 46 Dortmund-Barop, Stockumer Straße 197



Im Heft 3 der Reihe „Kleine Taschenbücherei für Jugendarbeit“ bringen wir in vollem Wortlaut die Bonner Gesetzentwürfe,

die Beschlüsse der Gewerkschaften und anderer Organisationen hierzu und

zahlreiche Stimmen und Stellungnahmen von Persönlichkeiten, die eine ablehnende Haltung zum Notstandsgesetz einnehmen.

Bestellungen richten Sie bitte sofort an:

Weltkreis - Verlags - GmbH., 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50. Preis 2,- DM.

Nehmen Sie Füller, Bleistift, Kuli oder Schreibmaschine u. füllen Sie den Abschnitt unten aus. Ab heute sind Sie dann e l a n - Abonnent. Falls Sie schon e l a n - Leser sind: Wie wäre es, wenn Sie Ihren Freund (Freundin) für e l a n werben würden?

Name + Vorname:

Wohnort:

Straße + Nr.:

Den Jahresbezugspreis von DM 6,- überweise ich auf Konto Weltkreisverlag, Frankfurt/M., Postscheck-Kto. Ffm. 20 32 90.

elan

Zeitung für internationale Jugendbegegnung. Herausgeber: Pfarrer W. Heintzeler, Bernhard Jendrejewski, Arno K. Reinfank. Redaktionskollegium: Chefredakteur und Vertreter der Herausgeber im Redaktionskollegium: Bernhard Jendrejewski. — Verantwortlich für nationale und internationale Jugendarbeit, Film und Sport: Bernhard Jendrejewski — Wissenschaft, Technik, Fernsehen: Werner Weismantel — Verantwortlich für Jugendliteratur, Informationen, Leserbrief, Briefklub: Hermann Sittner — Verantwortlich für schaffende Jugend: Rolf Priemer — Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Sittner. — Sitz der Redaktion: 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50, Telefon 77 38 03. Postanschrift: 46 Dortmund, Kuckelke 20, Telefon: 57 20 10. Erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 6104 Jugenheim, Jahnstr. 16, Telefon 61. Frankfurter Büro: 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50, Telefon 77 38 03. Verlagsleiter: Karl Heinz Schröder. — Erscheinungsweise: Monatlich. Einzelpreis: DM 0,50. Preis: Jährlich DM 5,- zuzüglich DM 1,- Zustellgebühr. Zahlungen sind zu richten an: Weltkreis-Verlags-GmbH., 6104 Jugenheim, Postscheckkonto Ffm. 2032 90. Artikel, die namentlich gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen keine Gewähr. Druck: Uwe Lahrssen, 2 Hamburg-Wandsbek, Neumann-Reichardt-Straße 31.

Für alle, die dabei waren. Für alle, die in diesem Jahr dabei sein werden. Für alle, die gegen die Bombe sind: Verleih und Verkauf des **OSTERMARSCH-FILM 1963**. Bestellen Sie bitte bei Dr. Erika Runge, Frankfurt/M., Hardenbergstraße 20 den

Ostermarschfilm 1963

Die nicht Ruhe geben

Keine Lords und Aktionäre

Das hat Duisburg noch nicht erlebt. Von einem großen Polizeieinsatz begleitet, zogen über 2000 Schüler durch die Stadt. Sie protestierten gegen die Erhöhung der Fahrpreise im Stadtverkehr. Auf mitgeführten Schildern und Transparenten war zu lesen, was sie dachten: „Blutsauger im Kohlenpott“, „Schüler sind keine Aktionäre“, „Der Aufsichtsrat fährt Wagen, was kümmern ihn die Blagen“.

BELFALL UND SCHELTE

Bereits drei Tage vorher fuhr ein Lautsprecherwagen durch die Stadt. Durch ihn wurde die Demonstration angekündigt und die Bevölkerung aufgefordert, daran teilzunehmen. Zusätzlich verteilten die Schüler 20 000 Flugblätter.

Während die Zuschauer auf den Bürgersteigen und in den Fenstern Beifall klatschten, reagierte Direktor Dr. Brockhoff von der Duisburger Verkehrsgesellschaft sauer. Er suchte sein Heil bei den Kommunisten. Sie seien am Werk, warnte er die Schüler. Außerdem: wenn die Schüler den angeordneten Fahrstreik wahr machten, so wäre das lediglich eine Entlastung des Berufsverkehrs.

AUCH DIE GROSSEN NICHT

Aber die Leidtragenden des Berufsverkehrs sind nicht weniger erbittert. Die Schülerdemonstration löste auch anderen die Zunge. Arbeiter der August-Thyssen-Hütte, die auch der Bürgerverein Stadtmitte und der Jugendring haben inzwischen energisch gegen die Erhöhung der Fahrpreise protestiert. Daß Straßenbahnfahren bald ein Luxus ist, meinten auch Metallarbeiter aus Aachen in einem Brief an den Regierungspräsidenten und an die IG Metall. Sie schlugen vor, in allen Aachener Betrieben Unterschriften gegen die Fahrpreiserhöhung zu sammeln.

